

Protokoll der Parlamentssitzung

Montag, 19. Juni 2006, 19.00 - 22.20 Uhr, Aula Primarschule Liebefeld

Vorsitz: Hofer Niklaus, SVP

Anwesend:

Antenen Peter, parteilos	Maibach Urs, GB
Arm Alfred, SP	Matter Brigitta, SD
Berlinger Annemarie, SP	Mooser Barbara, FDP
Bichsel Bernhard, jfk	Moser Hans, SVP
Bühler Evelyn, FDP	Pestalozzi Hansueli, GB
Burren Christian, parteilos	Remund Jan, GFL
Caminada Ignaz, CVP	Rüegsegger Elisabeth, SVP
Egli Claudia, SP	Salvisberg Ueli, SVP
Fischli Liz, GB	Salzmann Christoph, SP
Graber Martin, SP	Sidler Rita, SP
Gysel Hermann, EVP	Staub Hugo, SP
Hänni Thomas, FDP	Staub Stephanie, SP
Henggi Harald, FDP	Streff Marco, EVP
Köhler Hanspeter, FDP	Stucki Mark, FDP
Krebs Daniel, SVP	Troxler Elsbeth, SP
Lagger Valentin, CVP	Vifian Christian, SP
Lehmann Stefan, SVP	Wyss Ursula, GFL
Mäder Anna, SP	Zwahlen Rolf, EVP

Entschuldigt: Balz Christian, FDP
Stähli Markus, parteilos

Gemeinderat: Mentha Luc, SP, Gemeindepräsident Sedlmayer Katrin, SP
Ackermann Judith, FDP Streiff Marianne, EVP
Haudenschild Rita, GB Studer Ueli, SVP

Entschuldigt: Wilk Urs, FDP, Vizepräsident

Parlamentssekretärin: Fehlmann Anita

Protokoll: Spahr Ruth

Geschäfte	Seite
1. Protokoll	94
2. Neuwahlen Schulkommissionen Wahlen; Direktion Bildung und Soziales	94
3. Gemeinderechnung 2005 Genehmigung; Direktion Präsidiales und Finanzen	95
4. Verwaltungsbericht 2005 Genehmigung; alle Direktionen	101
5. Schlussbericht Legislaturplanung 2002 - 2005 Kenntnisnahme; alle Direktionen	106
6. Aufhebung des Reglementes über die Einbürgerungskommission Reglement; Direktion Sicherheit	108
7. Familienergänzende Kinderbetreuung / Ausbau des Betreuungsangebotes im Bereich der Kindertagesstätten und der Tagespflege Kredit; Direktion Bildung und Soziales	109
8. Agglomerationsstrategie Bericht; Direktion Präsidiales und Finanzen	112
9. Liebefeld, Neumatt, Basiserschliessung Wasserversorgung und Abwasserentsorgung Verpflichtungskredit; Direktion Gemeindebetriebe	--
10. Niederwangen, Realisierung ESP Juch Hallmatt, Erschliessung Wasser, Baufelder 9 und 10 Verpflichtungskredit; Direktion Gemeindebetriebe	--
11. Postulat FDP betr. Schaffung von zusätzlichen Industriezonen Erfüllung und Abschreibung; 0119; Direktion Planung und Verkehr	--
12. Postulat SP/JUSO betr. qualitative Siedlungsentwicklung im Wangental Erfüllung und Abschreibung 0301; Direktion Planung und Verkehr	--
13. Interpellation Antenen (SP) betr. Fahrzeug- und Maschinenpark der Gemeinde Köniz bezüglich Schadstoffimmissionen Beantwortung 0602; Direktion Planung und Verkehr	--
14. Postulat Staub (SP) betr. Tempo 30 auf der Hessesstrasse Beantwortung 0604; Direktion Planung und Verkehr	--
15. Interpellation Stucki, Kohler (FDP) betr. Zulässigkeit von Motionen - klare Kriterien Beantwortung 0605; Direktion Präsidiales und Finanzen	--
16. Interpellation SP betr. Beleuchtung Fussgängerstreifen Beantwortung 0606; Direktion Planung und Verkehr	--
17. Interpellation Egli (SP) Krebs (SVP) betr. Wie weiter in Niederwangen und im Ried Beantwortung 0607; Direktion Planung und Verkehr	--
18. Verschiedenes	115

Begrüssung

Der Parlamentspräsident: Ich begrüsse euch herzlich zur heutigen Sitzung. Nach dem 2 : 0-Sieg unserer Fussball-Nationalmannschaft gegen Togo sind wir alle topmotiviert, die Sitzung möglichst speditiv durchzuziehen, damit wir ihn zusammen in einer Gartenwirtschaft feiern können.

Appell

Der Appell ergibt die Anwesenheit von 37 Parlamentsmitgliedern. Das Parlament ist somit beschlussfähig.

Mitteilungen

Der Parlamentspräsident: Wir haben heute ein Geburtstagskind unter uns. Wir gratulieren Liz Fischli herzlich zu ihrem Geburtstag. *(Applaus)*

Heute wurde euch ein neuer Sitzplan verteilt. Peter Antenen ist aus der SP-Fraktion ausgetreten und tauscht am Tisch des Parlamentsbüros den Platz mit Harald Henggi.

Ebenfalls wurde euch die neu gedruckte Seite 46 von "Köniz in Zahlen" verteilt.

Am 15. Juni 2006 erhielt ich per Post das Rücktrittsschreiben von Christian Vifian, welches ich vorlese: "Rücktritt aus dem Parlament Köniz. Sehr geehrter Herr Präsident, lieber Niklaus, da Zeit das kostbarste, weil unwiederbringlichste Gut ist, über das wir verfügen, beunruhigt uns bei jedem Rücktritt der Gedanke an mögliche verlorene Zeit. Verloren wäre die Zeit, in der wir nicht als Menschen gelebt, Erfahrungen gemacht, gelernt, geschaffen, genossen und gelitten hätten. All das, Erfahrungen machen, lernen, schaffen, geniessen und leiden, habe ich in meiner Zeit, zuerst noch als Mitglied des Grossen Rates, später als Parlamentarier hier in diesem Gremium miterleben dürfen. Von verlorener Zeit kann also in Bezug auf meine parlamentarische Tätigkeit nie gesprochen werden. Ich habe versucht, meine politischen Aufgaben immer voll und ganz wahrzunehmen, so kann ich unter anderem auch mit einem gewissen Stolz feststellen, dass ich an keiner einzigen Parlamentssitzung gefehlt habe. Trotz der grossen Befriedigung, die mir die Ausübung dieses Amtes bescherte, wird die Parlamentssitzung vom 19. Juni 2006 meine letzte sein. Ich habe im letzten August beruflich eine sehr anspruchsvolle Aufgabe übernommen. Meine Funktion als Direktor der Wirtschafts- und Kaderschule KV Bern strapaziert meinen Terminkalender mehr als erwartet. Da mir halbe Sachen sehr zuwider sind, ziehe ich die Konsequenz und mache deshalb meinen Platz im Parlament frei. Sich von lästigen Aufgaben zu trennen, ist kein Problem. Ich habe in meinem Leben aber auch gelernt, dass man sich von guten Sachen trennen können muss, wenn die verfügbare Zeit einfach zu knapp wird. So trenne ich mich heute eben von einer guten Sache, werde die Parlamentstätigkeit immer in bester Erinnerung behalten und sicher auch ein wenig vermissen. Ich wünsche dir, Niklaus, noch ein erfolgreiches Präsidialjahr und allen Kolleginnen und Kollegen aus dem Parlament weiterhin die schon fast sprichwörtlich bekannte Könizer Weit- und Umsicht. Mit freundlichen Grüssen, Christian Vifian."

Christian, im Namen von uns allen, der Bevölkerung der Gemeinde Köniz, danke ich dir herzlich für deine geleistete Arbeit hier im Parlament. Ich wünsche dir im Beruf und in der Familie alles Gute und gute Gesundheit. Ich hoffe, dich andernorts wieder einmal zu begrüssen. Danke vielmals. *(Applaus)*

Herr Hugo Staub (SP): Wir bedauern sehr, dass du, Christian, das Parlament und unsere Fraktion verlässt, haben jedoch grosses Verständnis dafür, dass du die Prioritäten im Alltag verstärkt zugunsten deiner Familie setzen willst. Du hinterlässt im Parlament nicht nur eine Lücke, sondern auch Spuren. 1999 rutschtest du - weil auf der SP-Liste keine verfügbaren Nachrutschkandidatinnen und -kandidaten vorhanden waren - in einem Spezialverfahren nach und hast sehr schnell Fuss gefasst. Du spieltest innerhalb der Fraktion eine wichtige Rolle und hattest zweimal das Fraktionspräsidium inne. Im Jahr 2004 warst du als Parlamentspräsident ein würdiger höchster Könizer. Zudem warst du in verschiedenen parlamentarischen Kommissionen, wie K2005 und in der Kommission für das Bildungsreglement, aktiv. Mir gefällt deine Art zu politisieren, du bist schlagfertig, pointiert in spontanen wie vorbereiteten Vorten, und immer ist eine Prise Humor enthalten, der die Sache würzt. Sehr ausgeprägt ist dein

Anspruch, Politik mit Fakten und Erkenntnissen aus Praxis und Wissenschaft zu verknüpfen. Es wäre dem Parlament sehr zu wünschen, wenn am Rednerpult vermehrt das eine oder andere Auge leicht zugedrückt würde und uns daran erinnert, was wir zu einer bestimmten Sache wissen können und was wir beachten müssen, bevor wir uns dazu eine Meinung bilden. Herzlichen Dank, Christian, für das sehr engagierte Politisieren in diesem Raum. Wir werden den Abschluss deiner Zeit als aktiver Parlamentarier noch in deinem Garten feiern und bei dieser Gelegenheit wirst du noch ein "richtiges" Geschenk erhalten. Heute erhältst du etwas Symbolisches: Du bist Profipädagoge und wenn du künftig mehr Zeit hast, dich deinen beiden Söhnen zu widmen, wirst du das als Profi nicht vor allem besser machen, sondern vor allem länger. Damit das gelingt, schenken wir dir eine Büchse Ovomaltine. Ovomaltine soll ja gesund sein und in diesem Zusammenhang wünschen wir dir alles Gute, Gesundheit und vor allem, dass du die gewonnene Zeit für das einsetzen kannst, was du wirklich willst.

Herr Christian Vifian (SP): Ob die Büchse Ovomaltine eine gute Idee war, Hugo, kannst du meine Söhne in einem halben Jahr fragen. Ich bin nicht ganz sicher, ob sie Freude daran haben werden, wenn der Vater mehr Zeit für sie hat, denn sie sind mit 12 und 14 Jahren in einem Alter, in dem sie den Vater nicht mehr so oft sehen wollen. Aber ich werde diese Ovomaltine so oder so geniessen, um vielleicht an einem anderen Ort das Standvermögen aufrechterhalten können. Ich danke Hugo Staub für die Lorbeeren und auch dir, Niklaus, für die Verdankung meiner Arbeit.

Ich richte einige Worte im Sinne eines Ausblickes an euch: Auf der einen Seite war es schade, dass das Spiel Togo gegen die Schweiz nicht um 21.00 Uhr stattfand, denn das Könizer Parlament hätte seine Effizienz unter Beweis gestellt und 18 Traktanden in zwei Stunden durchgearbeitet. Auf der anderen Seite ist das 0 : 2, das für uns Schweizer positive Resultat bekannt und die Forderung unseres Parlamentspräsidenten, effizient zu arbeiten, um den Sieg in einem Restaurantgarten zu feiern, auch ein grosser Ansporn. Ich versuchte immer - manchmal gelang es, manchmal nicht - mein Lebensmotto, das in zwei Sätzen gefasst ist, herüberzubringen: Erstens steht bei mir immer der Mensch im Zentrum und dies nicht nur als Pädagoge, sondern auch in der Politik. Zweitens schaue ich bei einer Sache nicht weg. Das heisst mit anderen Worten: Weil ich die Menschen gern habe, schaue ich dort nicht weg, wo ich der Meinung bin, die Sache laufe nicht richtig. Ich denke, das sollte in der Politik generell vermehrt gemacht werden. Wenn ich euch hier etwas mitgeben darf, im Sinne eines Wunsches für Köniz, aber subjektiv und nicht empirisch abgestützt: Den eher rechts und bürgerlich politisierenden Kolleginnen und Kollegen möchte ich mitgeben, zu Köniz Sorge zu tragen, was das liberale Gedankengut anbetrifft. Ich bin ein grosser liberaler Denker, ich liebe Freiheit und will individuell sehr viel erleben können. Man stösst aber immer wieder an Grenzen, wo das eigene Ego zurückgestellt werden muss. Eines der grossen Probleme, das die Gemeinde Köniz nur mit eurer Hilfe lösen kann, ist der Verkehr. Köniz wird in den kommenden Jahren ein grosses zusätzliches Verkehrsaufkommen haben. Die Einrichtung der Tempo-30-Zone im Zentrum ist lediglich der Beginn, es wird noch einiges geschehen und wir müssen dafür sorgen, dass der Individualverkehr nicht zu sehr zunimmt. Ich gebe aber auch meinen Fraktionskolleginnen und -kollegen von der SP und der GB/GFL-Fraktion etwas auf den Weg: Tragt Sorge zu den KMU. Das entspricht meiner pragmatischen Politik. Die KMU gehen in der linken Politik etwas verloren, aber ich möchte euch als Direktor der Wirtschafts- und Kadernschule sagen, dass 72 Prozent der Auszubildenden in KMU-Betrieben ausgebildet werden. Die KMU-Betriebe sind der Boden der gesamten beruflichen Ausbildung, seien es kaufmännische oder gewerbliche Berufe. Lassen wir die KMU-Betriebe links liegen, kratzen wir an der Substanz unseres Staates, auch in Köniz. Ich erinnere mich an eine Debatte über Parkplätze, wo ein für mich guter Vorschlag - entgegen der Politik der Grünen und der Linken - für Parkmöglichkeiten von Geschäftsautos in Zentren angenommen wurde. Linke und Grüne, bleibt pragmatisch und versucht, diese uns tragende Säule nicht zu verletzen. Erlaubt mir diese Kritik. Etwas Letztes an alle, das ich als Wunsch mitgeben möchte: Schaut hin, vor allem bei Schule und Gesellschaft. Letzte Woche begegneten mir am Sonnenberg in Niederscherli Jugendliche - die jüngsten kaum der Schule entlassen - mit den Händen voll Zehner- und Sixpacks Bier. Per Zufall las ich den Artikel in der Zeitschrift Facts, in welchem festgestellt ist, dass in der Schweiz - empirisch belegt - jeder vierte 16-jährige Knabe bereits mehr als zweimal einen starken Alkoholrausch hatte. Da kann etwas nicht stimmen und deshalb schauen wir weg. Ich denke, dass gerade in diesem Bereich Prävention sehr wichtig ist und dass wir lernen

müssen, dort den Hebel anzusetzen, wo die Probleme tatsächlich vorhanden sind. Gewalt hat viel zu tun mit ausgestossen werden. Integration ist gut und wichtig, aber nur im Rahmen des Möglichen. Ich zitiere nochmals eine empirische Studie: Es wurde festgestellt, dass in einer Schulklasse mit einer Grösse von 20 Kindern maximal zwei Kinder anderer Kulturen aufgenommen werden können, soll eine gute Integration stattfinden. Ab vier und mehr Kindern anderer Kulturen ist keine Integration mehr möglich; dies nicht, weil die falschen Lehrmittel vorhanden sind, sondern weil Werte aufeinander prallen. Deshalb: Schaut hin und schiebt diese Problematik nicht auf die Seite, denn hier ist eine gefährliche Zeitbombe vorhanden.

Ich persönlich bin der Meinung, dass jeder Mensch ersetzt werden kann. Angst vor Neuem prägt meiner Meinung nach etwas die Könizer Politik. Innovationen wurden selten mit so genannten Killerphrasen angekündigt, sondern jeweils vorsichtig. Eines habe ich - nicht nur in meiner politischen Tätigkeit - erfahren: Ich kenne einige Personen, die den Eindruck machen, mit 18 Jahren bereits gestorben zu sein, aber erst mit 80 Jahren begraben werden. Mein Wunsch an euch: Denkt nicht, alles solle beim Alten bleiben, sondern bleibt vif im Denken und das weit über eure parlamentarische Tätigkeit hinaus. Ich danke der SP-Fraktion und den anderen Fraktionen für das Verständnis meines manchmal spitzen Mundes, ich danke der Exekutive für die gute Zusammenarbeit. Ich hatte eine gute Zeit im Parlament. Leider würde mir meine momentane berufliche Tätigkeit in den kommenden zwei Jahren eine nur halbherzige Parlamentsarbeit erlauben, halbe Sachen liegen mir jedoch nicht und deshalb beende ich diese. Ich wünsche euch allen alles Gute für die Zukunft. (*Applaus*)

Der Parlamentspräsident: Mit einem Nachversand wurde euch das Protokoll der letzten Sitzung, die beiden Vorstösse 0609 und 0610, der Jahresbericht des Altersheimvereins der Gemeinde Köniz sowie die Einladung des Alters- und Pflegeheimes Lilienweg für den Anlass "Denktafeln der Wandlungen", Werke von René Ramp und "Kunst am Bau am Lilienweg" für Freitag, 23. Juni von 19.00 - 21.00 Uhr zugesandt. Ein zweiter Nachversand enthielt einen Wahlantrag für die Schulkommission Spiegel und eine Zusammenfassung von den Berichten der Verwaltungsbesuche der GPK-Mitglieder. Ein letzter Hinweis: Am 21. Oktober 2005 fand eine Tagung mit Parlamentariern aus verschiedenen Gemeinden des VRB statt. Nun findet am Freitag, 3. November 2006 von 09.00 bis 17.00 Uhr erneut ein solcher Anlass statt. Neu hinzugekommen ist das Parlament der Gemeinde Münsingen. Jedes Parlament aus dem VRB kann drei bis fünf Parlamentsmitglieder an die Tagung entsenden. Von unserem Parlament kann somit jede Fraktion ein Mitglied für die Teilnahme bestimmen. Diese Person soll bis nächsten Montag, 26. Juni 2006, der Parlamentssekretärin gemeldet werden.

Die Traktandenliste wird genehmigt. Da Herr Gemeinderat Urs Wilk an der heutigen Sitzung nicht teilnehmen kann, werden die beiden ihn betreffenden Traktanden 9. Liebefeld, Neumatt, Basiserschliessung Wasserversorgung und Abwasserentsorgung und 10. Niederwangen, Realisierung ESP Juch Hallmatt, Erschliessung Wasser, Baufelder 9 und 10, auf die Sitzung vom 26. Juni 2006 verschoben. Ich gehe davon aus, dass wir die Traktandenliste heute Abend nicht bewältigen werden.

1. Protokoll

Das Protokoll wird genehmigt.

2. Neuwahlen Schulkommissionen

Der Parlamentspräsident: Die Wahlvorschläge wurden euch zugestellt. Alle Schulkommissionen sind - bis auf die Schulkommission Thörishaus - komplett. Ich bitte die SP-Fraktion, die bestehende Vakanz so rasch als möglich zu besetzen.

Für die Amtsdauer vom 1. August 2006 bis 31. Juli 2010 werden als Mitglieder der Schulkommissionen gewählt:

Schulkommission Köniz/Schliern

Eberhard Heidi, Schliern (FDP); Fankhauser Therese, Schliern (SVP); Hänni Mirjam, Liebefeld (FDP); Hübscher-Bernasconi Giuseppina, Köniz (CVP); Merz Sabine, Köniz (SP); Ritschard Béatrice, Köniz (GFL); Schmid Hermann, Schliern (SP)

Schulkommission Liebefeld

Frauchiger Hagmann Franziska, Liebefeld (SP); Frei Urs, Köniz (FDP); Hauser René, Niederscherli (FDP); Schleiss Barbara, Köniz (CVP); Schneider Yolanda, Liebefeld (parteilos); Tadic-Batt Katrin, Wabern (SP); Witschi Ulrich, Liebefeld (SVP)

Schulkommission Spiegel

Deutsch Sandra, Spiegel (FDP); Haarmann Jürg, Spiegel (parteilos); Kölliker-Jeitziner Jürg, Spiegel (SP); Medici Kessler Sandra, Köniz (CVP); Morf Thomas, Spiegel (SVP); Walthert Woermann Karin, Spiegel (parteilos); Zimmermann Alexander, Spiegel (parteilos)

Schulkommission Wabern

Buchser Jürg Andreas, Wabern (SVP); Iseli Peter, Wabern (parteilos); Moser Herren Anita, Wabern (FDP); Rippstein Franziska, Wabern (SP); Wandel Simon, Wabern (EVP); Züllig Gottstein Manuela, Wabern (SP); Zumbunn Gilgen Claudia, Wabern (parteilos)

Schulkommission Wangental

Bienz Petra, Niederwangen (EVP); Brand Christine, Niederscherli (SP); Brönnimann Thomas, Mittelhäusern (GFL); Bruggisser Helene, Niederwangen (SP); Büschi Beat, Oberwangen (FDP); Engler Björn, Niederwangen (FDP); Siegenthaler Susanne, Niederwangen (SVP);

Schulkommission Obere Gemeinde

Amstutz Roland, Niederscherli (SP); Barbier Marliese, Niederscherli (FDP); Bütikofer Bernhard, Oberwangen (FDP); Burkhalter Adrian, Gasel (SVP); Dussex Nicolas, Mittelhäusern (parteilos); Götz-Surbeck Marianne, Gasel (EVP); Wittwer-Vögeli Monika, Mittelhäusern (SP)

Schulkommission Thörishaus

Klingebiel Thomas, Thörishaus (parteilos); Rothen Simon, Thörishaus (parteilos); Wüthrich Richard, Thörishaus (parteilos).

Der Parlamentspräsident erklärt die vorgeschlagenen Kandidatinnen und Kandidaten als gewählt und wünscht ihnen alles Gute für das neue Amt.

3. Gemeinderechnung 2005

Genehmigung; Direktion Präsidiales und Finanzen

Herr Harald Henggi (FDP; GPK-Sprecher): Nachdem "wir" heute Nachmittag den Fussballmatch an der Weltmeisterschaft gegen Togo gewonnen haben, fällt es schwer, in die trockene Materie der Gemeinderechnung einzutauchen. An ihrer Sitzung vom 12. Juni 2006 beriet die GPK die Gemeinderechnung, welche uns anlässlich einer ausführlichen Präsentation durch den Gemeindepräsidenten Luc Mentha näher erläutert wurde. Der GPK lagen im Weiteren der Prüfbericht der externen Revisionsstelle (PricewaterhouseCoopers AG) und der Erläuterungsbericht des Finanzinspektorates mit der Stellungnahme des Gemeinderates zu seinen Empfehlungen vor. Die externe Revisionsstelle bestätigte, dass die Gemeinderechnung 2005 den gesetzlichen Vorgaben entspricht und empfiehlt, gemäss Seite 42, die Gemeinderechnung zu genehmigen. Die GPK nahm - mit einigen eigenen Ergänzungen - Kenntnis vom Fazit des Gemeinderates zur Gemeinderechnung 2005. Ich führe diese Fakten kurz auf: Wir stellen einen Gewinn von knapp 900'000 Franken für den Abbau des Bilanzfehlbetrages fest. Die Abweichung zum Voranschlag beträgt minime 1,4 Promille, d.h. die Rechnung ist um 262'000 Franken schlechter als budgetiert. Der Bilanzfehlbetrag wurde innert der letzten drei Jahre halbiert, d.h. wir sind auf Kurs. Allerdings muss erklärt werden, dass die Beträge für den Abbau des Bilanzfehlbetrages seit 2003 stetig abnehmen. Es kann festgehalten werden, dass wir den beeinflussbaren Aufwand im Griff haben. Man stellt eine Erhöhung der Steuereinnahmen bei den juristischen Personen fest wie eine Erholung bei den natürlichen Personen, die weiterhin über 80 Prozent unserer Steuereinnahmen ausmachen. Die budgetierten Zahlen wurden jedoch noch nicht ganz erreicht. Nach wie vor profitieren wir vom Landverkauf des Dreispitzareals. Erstmals sind keine Neubewertungen enthalten, d.h. keine Buchgewinne. Wir stellen eine Zunahme des Transferhaushaltes fest, insbesondere bei den Sozialausgaben. Die Entgelte entwickeln sich gut. Der Selbstfinanzierungsgrad liegt bei 90 Prozent, d.h. er ist 5 Prozent tiefer als 2004 und der Cash flow beträgt 9,3 Millionen Franken.

Die GPK würdigte die uns ausführlich und in ansprechender Form präsentierte Rechnung, die ein ausgeglichenes Ergebnis ausweist und stellte vertiefte Fragen dazu, insbesondere zum leicht gestiegenen Personalaufwand, zu der Investitionstätigkeit, zum Erwerb von Liegenschaften, zum Selbstfinanzierungsanteil, der aufgrund der verminderten Abschreibungen

gesunken ist, zu den Spezialfinanzierungen, zum öffentlichen Verkehr und zum ständig steigenden Transferhaushalt. Es wurde festgestellt, dass die günstige Zinssituation dazu benützt wurde, den Passivzinsanteil zu senken, was einen tieferen Durchschnittszinssatz für langfristige Schulden bedeutet. Die GPK teilt die Meinung des Gemeinderates, dass weitere Anstrengungen notwendig sind, um den Abbau des Bilanzfehlbetrages bis 2009 zu erreichen. Sie empfiehlt dem Parlament einstimmig, von Ziffer 1 des Geschäftes gemäss dem Antrag des Gemeinderates Kenntnis zu nehmen und Ziffer 2 zu genehmigen.

Eintreten

Herr Valentin Lagger (CVP): Schade, Christian Vifian, dass du zurücktrittst, denn nun wird das an Daniel Oester versprochene Bier wohl nie getrunken. Vorhin sprachst du zuerst die politisch rechte Seite im Parlament an, dann noch die linke Seite, die Mitte hast du jedoch vergessen. Ich weiss weshalb: Die Lösung liegt immer in der Mitte. Weil die Lösung immer in der Mitte liegt und mir bekannt ist, dass du gerne Eishockey-Matches besuchst, werden wir uns dort ein Bier genehmigen.

Heute las ich im Bund einen Artikel zu der häufig falsch interpretierten Kennzahl der Verschuldung einer Gemeinde. Ich fasse zusammen: Die Nettoverschuldung pro Einwohner einer Gemeinde müsse bei ungefähr Null sein. Eine Nettoverschuldung sei nicht gut, ein Nettovermögen aber auch nicht, weil dann die Falschen für die Falschen Leistungen bezahlen würden. Fazit: Wir benötigen andere Kennzahlen, wie z.B. den Bilanzfehlbetrag und den Selbstfinanzierungsgrad. Ich werde darauf zurückkommen.

Ich nehme vorweg: Die Gemeinderechnung 2005 macht nur bedingt Freude. Die Punktlandung ist gut, trotzdem ist langfristig Sorge zu den Finanzen zu tragen. Wir konnten zwar einen bescheidenen Teil des Bilanzfehlbetrages abbauen - womit gesagt ist, dass Köniz im Jahr 2005 schwarze Zahlen schreiben konnte - wofür es "leider" Gründe gibt. Leider deshalb, weil diese Gründe jeweils einmalig sind und sich nicht allzu oft wiederholen werden. Harald Henggi erklärte es bereits vorhin, der Verkauf des Dreispitzareals verbesserte unsere Rechnung um 2,5 Millionen Franken. Betrachten wir die Rechnung etwas genauer, kann festgestellt werden, dass rund 5 Millionen Franken weniger Abschreibungen vorgenommen werden mussten; dies dank der Sonderregelung - im Jahr 2005 waren statt der normalen 10 Prozent, nur 6 Prozent des Vermögens abzuschreiben -, die wir beim Kanton erwirken konnten. Deshalb macht die Rechnung 2005 nur bedingt Freude. Der Gemeinderat begründet auch, weshalb gewisse Ausgaben mehr oder weniger aus dem Ruder laufen: Die Beiträge an Sozialhilfe Empfangende steigen zusehends wie auch allgemein Zahlungen in den Finanzausgleich. Wir dürfen nicht zurücklehnen und die Schuld dem Kanton zuschieben, denn wir selber helfen mit - siehe Geschäft 7 -, dass die Zahlungen in den Finanzausgleich stetig zunehmen. Aber auch diese Erklärungen des Gemeinderates reichen nicht aus, um die schwierige Finanzlage zu begründen.

Der Personalaufwand stieg um 3 Prozent, das ist ein Fakt, den ich nicht weiter kommentieren will. Der Gemeinderat erwarb mit Mitteln aus dem Rahmenkredit - ein ihm gesetzlich zugesprochenes Instrument - im letzten Jahr Liegenschaften im Wert von rund 3 Millionen Franken. Ob solches in der momentan finanziell schwierigen Situation wirklich sein musste, vermag ich nicht zu beurteilen; ich stelle lediglich fest, dass damit weitere Kosten folgen werden. Die CVP/EVP-Fraktion fand es deshalb schade, dass der Rechnung kein aktualisierter Finanzplan beiliegt. Ich kann mich an eine mündliche Erläuterung des Gemeindepräsidenten im letzten Jahr erinnern, weil ich sie an dieser Stelle ausdrücklich lobte.

Ich komme zum Schluss: Bezüglich Abbau des Bilanzfehlbetrages bis 2009 liegen wir im Plan, allerdings gilt es - wie bereits erwähnt - Sorge zu tragen. Gemeinderat und Parlament sind in einer offenen Kommunikation gefordert, eine zielführende Finanzpolitik zu führen und genau für solche Steuerungsmechanismen ist ein stets aktualisierter Finanzplan sicher von grossem Nutzen.

Herr Stefan Lehmann (SVP): Die SVP-Fraktion dankt dem Gemeinderat für die vorgelegte Rechnung. Wir würdigen seine Bemühungen für das Erreichen einer ausgeglichenen Rechnung. Wir stellen fest, dass der Bilanzfehlbetrag in den letzten drei Jahren halbiert wurde, dass die Steuereinnahmen stiegen und 2005 - seit langem zum ersten Mal - keine Neubewertungen vorgenommen wurden. Wir stellen aber auch fest, dass sich die Personalkosten um 3 Prozent erhöhten, sie liegen 1,58 Prozent über dem Budget. Diesem Punkt gilt in Zukunft

besonderes Augenmerk. Die Laufende Rechnung weist weiterhin ein strukturelles Defizit auf. Ohne die Tranche in der Höhe von 2,5 Millionen Franken aus dem Verkauf des Dreispitzareals würde ein Defizit von 1,6 Millionen Franken resultieren und von einem Abbau des Bilanzfehlbetrages keine Rede sein. Das Ziel, den Bilanzfehlbetrag 2009 abzuschreiben, ist unbedingt einzuhalten. Mit der Rechnung 2005 handelten wir uns wiederum einen Rückstand in der Höhe von 262'000 Franken auf Budget- und Finanzplan ein. In den nächsten vier Jahren bleibt noch ein happiger Brocken zu bewältigen. Aus diesem Grund ist der Gemeinderat mit seiner neuen Finanzstrategie gefordert, aber auch das Parlament, sich Begehrlichkeiten sehr genau zu überlegen. Die SVP-Fraktion nimmt mehrheitlich teilweise zustimmend Kenntnis von der Gemeinderechnung 2005 und genehmigt das Rechnungsergebnis 2005.

Herr Hansueli Pestalozzi (GB): Wir sprechen im Parlament viel von der so genannten Punktlandung, für welche wir dem Gemeinderat danken möchten. Beim genaueren Betrachten der Punktlandung stellte ich Folgendes fest: Das Budget 2005 sah eine Abschreibung des Bilanzfehlbetrages in der Höhe von 1,15 Millionen Franken vor. Am 27. Juni 2005 gab unser Gemeindepräsident eine erste "Gewinnwarnung" heraus, das Budget falle um 1,1 Millionen Franken schlechter aus. Am 12. Dezember 2005 folgte die zweite Warnung, das Budget werde 2,6 Millionen Franken schlechter als budgetiert und heute stellen wir fest, dass die Rechnung gegenüber dem Budget um 262'000 Franken schlechter ausfällt. Wir sind sehr froh um diesen Umstand, weil von unserem Leitmotiv der Nachhaltigkeit nur dann gesprochen werden kann, wenn neben der ökologischen und sozialen auch die finanzielle Nachhaltigkeit erreicht wird.

Wir sind auf guten Wegen, denn alle Finanzkennzahlen sind gut bis mittel, die Gemeinde Köniz ist finanziell auf Kurs. Aber - das erwähnten bereits meine Vorredner -, diese Zielerreichung war nur möglich durch den einmaligen Verkauf des Dreispitzareals. In Zukunft sollen wir davon abkommen, unser Tafelsilber zu verscherbeln. Die höheren Steuereinnahmen von juristischen Personen verhalfen uns unter anderem zu diesem Ergebnis. Diese machen zwar nur 7 Prozent der gesamten Steuereinnahmen aus, aber diese Position fiel um 1,4 Millionen Franken höher aus als budgetiert. Wir hoffen, dass sich dieser Anteil mit dem Zuzug der Firma Swisscom Mobile noch weiter erhöhen wird. Mit dem Zuzug der Firma Swisscom Mobile werden mehr als 1000 neue Arbeitsplätze in Köniz entstehen und nach meiner Meinung muss unser Ziel sein, dass all diese Angestellten in unserer Gemeinde wohnhaft werden. Das kann jedoch nur erreicht werden, wenn die Gemeinde Köniz wirklich attraktiv ist, über gute Angebote verfügt und weiter investiert. Sparen ist wichtig und Effizienz ist ein wichtiges Thema in der Ökologie. Aber durch einen Investitionsstopp, einen rigorosen Sparkurs oder auch einen Abbau von Angeboten, damit eine Steuersenkung finanziert werden könnte, wäre die Vorwärtsstrategie - hinter welcher wir Grünen stehen - akut gefährdet. Ein Detail zum Thema Sparen: Der Sachaufwand der Gemeinderechnung liegt - mit einer Ausnahme - deutlich unter dem Budget: Der Posten Wasser, Energie und Heizmaterialien fiel deutlich schlechter aus als budgetiert. Hiezu erkläre ich Folgendes: Wenn die Gemeinde Köniz nicht schon seit einigen Jahren konsequent auf Minergie setzen würde, fiel dieses Ergebnis noch um einiges schlechter aus. Diese Investitionen haben sich in meinen Augen wirklich gelohnt und wir müssen diesen Weg weitergehen.

Die GB/GFL-Fraktion stimmt dem Beschlussesentwurf des Gemeinderates zu. Eine Schlussbemerkung: Die GPK erhielt eine aufschlussreiche Präsentation über die Analyse der Rechnungen von 1996 bis 2005 und es wäre schön, wenn diese auch den Parlamentsmitgliedern abgegeben werden könnte oder zumindest die Grafiken in die Rechnung integriert würden.

Herr Christoph Salzmann (SP): Um die Spannung etwas zu reduzieren, erkläre ich, dass die SP-Fraktion von Ziffer 1 des Beschlussesentwurfes des Gemeinderates zustimmend Kenntnis nimmt und Ziffer 2 genehmigt. Das Dossier Finanzen wird seit Jahren kompetent geführt und Köniz ist mit dem Abbau des Bilanzfehlbetrages auf gutem Kurs. Dafür sei dem Vorsteher der Direktion Präsidiales und Finanzen sowie seinem Vorgänger gedankt. Der Dank geht auch an den Gemeinderat und die Verwaltung; ohne Teamwork wäre eine solche Leistung nicht möglich. Was sind die Argumente für dieses Lob? Wie schon ein Vorredner erklärte, wurde bei der Rechnung 2005 eine Punktlandung erzielt, die aufzeigt, dass genau budgetiert wurde. Wo der Aufwand beeinflussbar ist, sind die Finanzen im Griff, vor allem beim Sach-, aber auch beim Personalaufwand. Dieser nahm 2005 zwar leicht zu, steht jedoch gegenüber dem Referenzjahr 2000 solide da. Ein Weiteres: Die Nachkredite in jenen Bereichen, wo Ent-

scheidungsspielraum der Verwaltung besteht, sind mit 1,6 Prozent des Gesamtaufwandes relativ tief. Viele Nachkredite sind im unbeeinflussbaren Bereich zu finden, sie zeigen jedoch, dass streng budgetiert wurde und keine Fettpolster angelegt werden, die lediglich zum Ausgeben animieren würden. Auch der Aufwand pro Kopf lässt sich im kantonal bernischen Städtevergleich sehen. Im Vergleich zu Bern, Thun, Biel, Burgdorf und Langenthal haben wir den tiefsten Pro-Kopf-Aufwand, bei gleichzeitig tiefstem Steuerfuss. Der Könizer Weg ist doch nicht so schlecht. Trotzdem, der Abbau des Bilanzfehlbetrages muss weiterhin Ziel sein, nur gesunde Finanzen geben Spielraum. Gesunden mit Augenmass ist unsere Devise; das heisst kein wildes Sparen auf Kosten der Qualität unserer Dienstleistungen. Gesunden mit Augenmass heisst sicher auch nicht, unbeschränktes Ausgabenwachstum, sondern das Setzen von Prioritäten. Für den Abbau des Bilanzfehlbetrages muss ein vorübergehendes Zurückstecken der Investitionen in Kauf genommen werden, auch wenn es weh tut. Dadurch darf jedoch kein Investitionsstau entstehen. Anzeichen sind vorhanden, dass die Anstrengungen des Könizer Gemeinderates, die Gemeinde Köniz im Standortmarketing als guten Wohn- und Arbeitsstandort zu positionieren, zu einer künftig besseren Finanzsituation beitragen werden. Wenn es denn so weit ist, muss es Ziel sein, das Preis-/Leistungsverhältnis zu konsolidieren oder zu verbessern, nur so werden höhere Steuereinnahmen erreicht. Dannzumal wird auch die SP für eine künftige Steuersenkung eintreten. Diese muss jedoch finanzierbar sein.

Herr Harald Henggi (FDP): Die FDP/jfk-Fraktion nimmt Kenntnis vom praktisch ausgeglichenen Ergebnis und wird der Genehmigung der Rechnung 2005 zustimmen. Wir stellen fest, dass das Ergebnis nach wie vor von Landverkäufen und verminderten Abschreibungen profitiert, immerhin spielen erstmals keine Neubewertungen mehr mit. Beim Betrachten der Finanzkennzahlen stellen wir fest, dass im Selbstfinanzierungsgrad, im Selbstfinanzierungsanteil wie auch bei der Verschuldungssituation noch Verbesserungspotenzial vorhanden ist. Darauf ist bei der Finanzplanung zu achten. Wir sehen, dass die Spezialfinanzierungen bei Wasser und Abwasser genau unter die Lupe genommen werden müssen. Für uns Parlamentsmitglieder gehen somit die Anstrengungen weiter, den Bilanzfehlbetrag bis 2009 abzubauen und die finanzielle Lage der Gemeinde zu verbessern. Die Rechnung 2005 ist Schnee von gestern - bei dieser Hitze sowieso -, wir warten mit Spannung auf das neue Budget und denken, dass nach wie vor Vorsicht für zusätzliche neue Begehrlichkeiten geboten ist, auch im Hinblick auf neue Steuereinnahmen. Ein Wort noch zur erwähnten Hochrechnung: Im letzten Herbst konnten wir die erste Hochrechnung zur Kenntnis nehmen, die etwas pessimistisch aussah. Wir hoffen, dass weiterhin an einer solchen Hochrechnung festgehalten wird und damit weitere Erfahrungen gesammelt werden. Entscheidend - und deshalb müssen Punktlandungen etwas relativiert werden - sind nicht Abweichungen an sich, sondern dass bekannt ist, woher sie kommen, damit mögliche Massnahmen ergriffen werden können. Auf das vorhin gefällte Stichwort Steuersenkung kommen wir gerne zurück.

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Ich danke dem GPK-Präsidenten für seine Berichterstattung und für die sorgfältige Prüfung der Gemeinderechnung 2005. Ich danke ebenso den Fraktionen herzlich für die sehr sachliche und differenzierte Beurteilung der Rechnung. Ich unterlasse es, bereits Gesagtes zu wiederholen. Das Fazit des GPK-Präsidenten kann ich voll unterstützen, es ist im Prinzip jenes des Gemeinderates. Ich ergänze, dass wir im Quervergleich mit den sechs grössten Städten - auch wenn es sich bei Köniz um eine Gemeinde und keine Stadt handelt - mit den Pro-Kopf-Ausgaben brutto wie netto mit Abstand jene sind, die am wenigsten dafür ausgeben und trotzdem den tiefsten Steuersatz haben. Diesen Quervergleich wollen wir nun jedes Jahr vornehmen. Wir können - wie bereits erwähnt - noch keine Entwarnung geben und ich danke den Votanten, die sich in diese Richtung geäussert haben. Wir sind auf Kurs, aber wir dürfen nicht nachlassen und die Sanierung und Konsolidierung des Finanzhaushaltes benötigt noch einige Anstrengungen. Die Rechnung 2005 beinhaltet zwei Probleme: Erstens den Verkauf von Land an Dritte, etwas das nicht endlos weitergeführt werden darf. Zweitens zeichnet sich der Bereich der unbeeinflussbaren Ausgaben nach wie vor durch hohes Wachstum aus. Beides veranlasste den Gemeinderat, bereits nach Vorliegen der Gemeinderechnung 2004 dazu, eine Finanzstrategie zu entwickeln, die ihr Ende des letzten Jahres zur Kenntnis nehmen durfte. Mit der Finanzstrategie, die auf drei strategischen Beinen steht - unter anderem beinhaltet sie die Erarbeitung eines Sanierungspaketes - wollen wir Haushaltverbesserungen von jährlich 2 Millionen Franken erreichen. Mit dieser Finanzstrategie will der Gemeinderat die strukturellen Probleme im Haushalt in den Griff bekommen. Mit

dem nächsten Budget werdet ihr in der Dezember-Sitzung das Sanierungspaket erhalten, und wir werden über die Eliminierung der strukturellen Probleme - im Sinne des Votums von Valentin Lager - debattieren können.

Ich danke der Verwaltung für die gute und disziplinierte Arbeit. Ebenfalls danke ich meinen Gemeinderatskolleginnen und -kollegen. Ohne sie wäre dieses Ergebnis nicht möglich gewesen. Die Nettoverschuldung als Kennzahl wurde in den Stellungnahmen der Fraktionen erwähnt. Ich erkläre hiezu: Nach einem Hinweis aus dem Handbuch über Gemeindefinanzen des AGR (Amt für Gemeinden und Raumordnung) ist die Nettoverschuldung eine Kennzahl, die sich nicht für einen Gemeindevergleich eignet. Das AGR rät eher davon ab. Es ist jedoch sinnvoll, die Pro-Kopf-Nettoverschuldung in unserer Gemeinde über mehrere Zeiträume zu verfolgen, so sehen wir deren Entwicklung. Jede Gemeinde berechnet jedoch die Nettoverschuldung nach anderen Grundsätzen und deshalb werden bei dieser Kennzahl Äpfel mit Birnen verglichen. Wir nehmen diesen Vergleich vor und stellen fest, dass die Nettoverschuldung erfreulicherweise seit einigen Jahren sinkt. Der Selbstfinanzierungsanteil ist, wie auch der Gemeinderat erkannt hat, nicht gut. Hier gilt es aber darauf hinzuweisen, dass in einem Bulletin der Kantonalen Planungsgruppe Bern ein Selbstfinanzierungsanteil bei grösseren Gemeinden zwischen 5 und 10 Prozent als ausreichend taxiert wird. Auch bei dieser Kennzahl kommt es auf die Struktur der Gemeinde an.

Noch zwei, drei Bemerkungen zu den Hochrechnungen: Wir werden diese selbstverständlich weiterführen, selbst wenn gewisse Abweichungen nicht zu vermeiden sind. Gerade bei den Steuereinnahmen ist es sehr schwierig, vor dem Versand der dritten Steuerrate präzise Angaben über die effektiven Einnahmen zu machen. Im Verlauf der Jahre werden auch diese Hochrechnungen sicher noch präziser werden.

Ich danke für die positive Würdigung unserer Präsentation der Rechnung in der GPK und ich werde den Wunsch, die Präsentation dem ganzen Parlament zur Verfügung zu stellen, im Gemeinderat besprechen. Diese Präsentation - die übrigens im Jahr zuvor dem ganzen Parlament zur Verfügung gestellt wurde - wurde nicht unter dem Siegel der Vertraulichkeit an die GPK abgegeben.

Detailberatung

Seiten 1 - 42

Herr Hansueli Pestalozzi (GB): Ich habe eine Anmerkung zu Seite 5, Stabsabteilung, Tageskarten Gemeinde: Die Gemeinde hat einen Gewinn von rund 60'000 Franken mit dem Verkauf dieser Tageskarten generiert. Die Gemeinde Köniz besitzt 17 Karten pro Tag. Durch den Verkauf der Tageskarten schafft die Gemeinde eine so genannte Triple-Win-Situation. Erstens können wir Könizerinnen und Könizer durch den Kauf einer solchen Karte, die 35 Franken kostet, den öffentlichen Verkehr sehr günstig benützen. Zweitens profitiert die Umwelt, weil der eine oder andere dadurch motiviert wird, für grosse Strecken den öffentlichen Verkehr zu benützen. Drittens profitiert die Gemeinde finanziell, was wir legitim finden, denn mit dem Angebot ist ein gewisser personeller Aufwand verbunden. Wer jedoch in diesen Tagen eine Tageskarte kaufen möchte, muss feststellen, dass in den nächsten drei Wochen alle Tageskarten bereits verkauft und an den Wochenenden bis Ende Juli keine mehr vorhanden sind. Die Auslastung ist demnach sehr hoch und wir fordern, dass wesentlich mehr Tageskarten angeschafft werden, womit der Nutzen für uns alle, der Gewinn für die Umwelt und wahrscheinlich auch der Gewinn für die Gemeinde gesteigert werden.

Herr Ueli Salvisberg (SVP): Zu Seite 2, Punkt 6, Laufende Rechnung: Ich wüsste gerne, aufgrund welcher Komponenten der Personalaufwand um 3 Prozent gestiegen ist. Auf Seite 8, 530, Abwasser, ist für mich der zweite Satz nicht nachvollziehbar: "Der Kostendeckungsgrad ist aufgrund der ungenügenden Ertragslage mit 77 Prozent wie in den Vorjahren weiterhin weit von der gesetzlich vorgeschriebenen vollen Kostendeckung entfernt." Wie wird hier vorgegangen, um den vollen Kostendeckungsgrad zu erreichen?

Herr Valentin Lager (CVP): Ich stellte die Frage bereits in der GPK und falls diese bereits im Protokoll beantwortet worden wäre, hätte ich dies übersehen, worum ich dann um Entschuldigung bitten würde. Auf Seite 41 sind die bezifferbaren und nicht bezifferbaren Eventualverpflichtungen aufgeführt. Punkt 3 ist die Eventualverpflichtung Bläuacker, Liegenschaft Sonnenweg 16 in der Höhe von 940'000 Franken. Mich interessiert, ob diese zeitlich befristet ist

und wenn ja, bis wann.

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Ich weiss nicht, ob ich sämtliche Fragen aus dem Stegreif beantworten kann. Wenn nicht, werde ich dies an der nächsten Parlamentssitzung nachholen. Den Wunsch von Hansueli Pestalozzi, dass die Gemeinde Köniz mehr Tageskarten anschafft, kann ich als solchen entgegennehmen, wir werden ihn prüfen. Die ausgewiesene Ertragssituation basiert nicht auf einer Vollkostenrechnung, der Personalaufwand ist hier nicht berücksichtigt. Ueli Salvisberg der die Frage stellte, weshalb der Personalaufwand um 3 Prozent gestiegen ist, muss ich auf die Begründung verweisen. Diese 3 Prozent beinhalten die ausgerichtete Teuerung von 1 Prozent, anstatt der budgetierten 0,5 Prozent, ausbezahlte Überstunden in diversen Dienststellen und zum Teil neue Stellenbegehren im Bereich Soziales und Vormundschaft, die über die Kostenstelle Personalaufwand belastet werden. Wobei zu diesen zusätzlichen Stellen im gleichen Atemzug erklärt werden muss, dass sie im Lastenausgleich zugelassen sind, denn die Gemeinde Köniz bewilligt Stellen im Sozialbereich nur, wenn sie dem Lastenausgleich zugewiesen werden können. Zum Kostendeckungsgrad beim Abwasser: Hier ist der falsche Ort und der zuständige Gemeinderat - Urs Wilk - ist heute nicht anwesend. Ich kann kein Patentrezept abgeben, wie die Kostendeckung verbessert werden kann. Wir bringen hier zum Ausdruck, dass im Bereich Abwasser Handlungsbedarf vorhanden ist. Diese Angelegenheit wird von den entsprechenden Fachleuten analysiert und der Gemeinderat will die Problematik nicht einseitig über eine Gebührenerhöhung lösen, sondern mögliche wirtschaftliche Verbesserungen vornehmen.

Frau Gemeinderätin Rita Haudenschild (GB): Als Vertreterin von Gemeinderat Urs Wilk versuche ich einige Erklärungen abzugeben: Seit 1992 wurden die Tarife für die Abwasserentsorgung nicht erhöht. In der Zwischenzeit führte der Kanton Abwasserabgaben ein, die Teuerung kam hinzu und zudem muss zur Kenntnis genommen werden, dass die Gemeinde Köniz die weitaus günstigsten Tarife in der Umgebung aufweist. Demnach ist ein klarer Anpassungsbedarf vorhanden und die Anpassung wird ein Legislaturziel der Direktion Gemeindebetriebe sein, wie auch Gegenstand des Sanierungspaketes. Weitere Fragen werde ich gerne entgegennehmen und an die Verwaltung weiterleiten.

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Die Frage betreffend zeitlicher Begrenzung der Eventualverpflichtung Sonnenweg 16, auf Seite 41 kann ich heute nicht beantworten, sie wird nächsten Montag beantwortet.

Mit 28 Stimmen zustimmend, 7 Stimmen teilweise zustimmend bei 2 Enthaltungen (Ziffer 1.a) und 35 Stimmen zustimmend bei 2 Enthaltungen (Ziffer 1.b) sowie einstimmig (Ziffer 2.a) und 2.b) und mit 33 Stimmen bei 4 Enthaltungen (Ziffer 2.c) fasst das Parlament folgenden

Beschluss

1. *Das Parlament nimmt Kenntnis:*

- a) *dass die Rechnung 2005 vor Abschreibung des Bilanzfehlbetrages mit einem Ertragsüberschuss von Fr. 896'157.30 abschliesst.*
- b) *von der gesetzlichen Pflicht, dass ein Ertragsüberschuss zur Abschreibung des vorhandenen Bilanzfehlbetrages verwendet werden muss.*

2. *Das Parlament*

- a) *genehmigt das Rechnungsergebnis 2005, welches bei Aufwendungen und Erträgen von je 177'982'831.04 **ausgeglichen** abschliesst.*
- b) *genehmigt die per 31. Dezember 2005 mit Aktiven und Passiven von je Fr. 237'347'672.97 abschliessende Bestandesrechnung.*
- c) *bewilligt folgenden Nachkredit für das Rechnungsjahr 2005*

<u>Konto-Nr.</u>	<u>Bezeichnung</u>	<u>Betrag in Fr.</u>
173.332	Übrige Abschreibungen Verwaltungsvermögen Spezialfinanzierungen (Kehrichtfahrzeug und Feuerwehrfahrzeug)	237'960.00

4. Verwaltungsbericht 2005

Genehmigung; alle Direktionen

Der Parlamentspräsident: Die jeweiligen GPK-Sprecher werden für ihre Direktion das Wort erhalten. Fragen können gleich anschliessend zur betreffenden Direktion gestellt werden.

Direktion Planung, Umwelt und Verkehr (PLUV)

Herr Stefan Lehmann (SVP; GPK-Sprecher): Im Auftrag der GPK besuchten Urs Maibach und ich am 17. Mai 2006 die Direktion Planung und Verkehr (PLUV). Ich sage bewusst PLUV und nicht DPV, da die Grundlage des Verwaltungsbesuches der Verwaltungsbericht 2005 ist, der noch alle im Mai 2006 in die DUL (Direktion Umwelt und Landschaft) übergegangenen Abteilungen beinhaltet. Die PLUV ist sehr umfangreich und wir hatten Gelegenheit, mit sämtlichen Abteilungsleitungen zu sprechen, d.h. Verkehr, Werkhof, Planung, Umweltschutz und Bauinspektorat. In dieser Direktion sind einige Projekte am Laufen, die in Zukunft grossen Einfluss auf die Gemeinde Köniz haben werden. Ich erwähne hier lediglich das Projekt REK (Raumentwicklungskonzept). Im Weiteren verweise ich auf die schriftliche Berichterstattung der Verwaltungsbesuche, welche den Parlamentsmitgliedern letzte Woche zugestellt worden ist. In diesem Bericht wurden auf drei Seiten die wichtigsten Fragen der PLUV behandelt. Zum Schluss möchte ich der Vorsteherin, Gemeinderätin Katrin Sedlmayer, allen Abteilungsleitungen und dem gesamten Personal für ihren Einsatz für die Gemeinde Köniz danken. Wir werden auch in Zukunft gut zusammenarbeiten.

Direktion Soziales, Gesundheit und Schule

Herr Alfred Arm (SP; GPK-Sprecher): Die Direktion Soziales, Gesundheit und Schule (SGS) besuchte ich zusammen mit Harald Henggi. Ich versuchte, so etwas wie Kennzahlen zu destillieren, was weitere - vor allem E-Mail-Diskussionen - zur Folge hatte. Ich präsentiere euch hier ein Resultat daraus: Die Gemeinde Köniz hat im Verhältnis zu ihrer Bevölkerung 5,2 Prozent Sozialhilfe Empfangende, d.h. jede 20. Person in Köniz bezieht Sozialhilfe. Vergleichszahlen mit anderen Regionen oder Gemeinden sind für 2005 noch nicht vorhanden. Im Jahr 2004 bezogen in der Gemeinde Köniz 130 Personen weniger Sozialhilfe. In der Region lag der Anteil der Sozialhilfe Empfangenden bei 4,42 Prozent. Die Kennzahlen der Stadt Bern waren fast gleich wie in Köniz. In den Städten Zürich und Basel hingegen lagen die Kennzahlen für das Jahr 2004 wesentlich höher. Im Jahr 2004 konnten in der Gemeinde Köniz 27 Prozent der Sozialhilfe Empfangenden durch verschiedene Massnahmen wieder in die Arbeitswelt eingegliedert werden. Verglichen mit der Region liegen unsere Zahlen höher.

Weil es mir wichtig erscheint, präsentiere ich einige Stichworte. Zuerst zur Abteilung soziale Einrichtungen: In der Umsetzung des Sozialhilfegesetzes werden grosse Ressourcen gebunden. Als positive Punkte können die Berner Erklärung oder strukturelle Anpassungen in der Jugendarbeit genannt werden. Hier erwähne ich die kooperative und konstruktive Zusammenarbeit mit den Trägerschaften, was nicht selbstverständlich ist, weil man sich zum Teil in vertragsfreiem Zustand bewegte.

Im Asylbereich werden gewisse Risiken vom Kanton immer mehr auf die Gemeinden abgewälzt, d.h. Gemeinden müssen immer mehr Restrisiken übernehmen. Im Moment wird ein Gesamtkonzept "Altern in Köniz" erstellt. Im Asylbereich ist eine psychische Mehrbelastung der Mitarbeitenden festzustellen. Der Kostendeckungsgrad in der familienexternen Kinderbetreuung ist leicht gestiegen. Probleme bei Anlässen von Jugendlichen - das wird kaum überraschen - werden durch den Genuss von Alkohol - 48 Prozent - und Cannabis - 31 Prozent - verursacht.

Bei der Schulabteilung konnte eine erfreuliche Entwicklung bei den Vorarbeiten zum Bildungsreglement festgestellt werden. Dieses Reglement verabschiedeten wir am 12. Mai 2006. Der Schulversuch auf der Basisstufe - Kindergarten und 1. Klasse werden zusammen unterrichtet - zeigt erfreuliche Ergebnisse. An der Haltenstrasse in Niederscherli konnte das neue Unterstufenschulhaus eröffnet werden. Die Schulsozialarbeit kann noch nicht mit dem gewünschten Tempo ausgebaut werden, da der Kanton in diesem Bereich keine Kosten übernimmt. Die Realisierung der Informatikplattform musste auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden. Das Thema Integration konnte noch nicht umgesetzt werden, weil die kantonalen Vorgaben fehlen. Die Schulsozialarbeit am Hessgutschulhaus in Liebefeld zeigt Wirkung. Es wurden weniger Gefährdungsmeldungen festgestellt und die Meldungen erfolgen jeweils zu einem

genügend frühen Zeitpunkt, was aus Präventionsgesichtspunkten gut ist. Die Ballsportschule entwickelt sich gut, der FC Köniz übernahm hier die Federführung. In der Erwachsenenbildung war eine Abnahme der Teilnehmerzahlen festzustellen. Gründe dafür waren die sinkende Nachfrage beim Einsteigerkurs Informatik und die Kurse in Laupen, die gänzlich wegfielen.

In Köniz werden pro Kopf ungefähr 35 Franken für Kultur ausgegeben, im Vergleich dazu gibt Bern ungefähr 280 Franken aus. Gründe dafür könnten die Vollkostenrechnung sein und dass im Haberhuus noch sehr viel ehrenamtliche Arbeit geleistet wird. Wichtige Entwicklungen sind im Schloss Köniz festzustellen. Man prüft die Errichtung einer Stiftung und sieht kommerzielle Nutzung von Räumlichkeiten vor. Die Zusammenarbeit mit der Kirchgemeinde wird verstärkt. Die Veranstaltungen im Haberhuus wurden 2005 von etwa 8000 Personen besucht.

In der Abteilung Soziales und Vormundschaft konnten Raumprobleme gelöst werden. Die Übernahme des AMRA (Arbeitsmarktliche Massnahmen Region Aaretal) ist erfreulich, weil damit der längerfristige Fortbestand der Beschäftigungsprogramme in Köniz gesichert ist. In der AHV hat sich der Pendenzenberg verkleinert, weil der Personalfehlbestand von 120 auf 20 Prozente reduziert werden konnte. Im Bereich der häuslichen Gewalt muss jeder Polizeieinsatz rapportiert und von der Vormundschaftsverwaltung geprüft werden. Bei den Beschäftigungsmassnahmen für Sozialhilfe Empfangende gab der tiefere Auslastungsgrad von 72 Prozent Anlass zu Diskussionen und weil im Bericht das wichtige Wort "auch" fehlte. Richtig müsste geschrieben stehen, dass Beschäftigungsprogramme **auch** schwieriger Klientel zugeführt werden.

Im Bereich Vormundschaft ist Folgendes festzustellen: Im Jahr 1991 wurden 56 Abklärungen vorgenommen, 2005 waren es 290. Die Begründungen dafür sind die hohe Scheidungsrate, die Entsolidarisierung und kompliziertere Fälle.

Ich komme zum Schluss: Hinter all diesen Zahlen steckt grosse Arbeit. Die Kommission für soziale Fragen und die GPK danken allen Abteilungsleitungen sowie dem Vorsteher, Gemeinderat Ueli Studer, für diese grosse Arbeit.

Herr Valentin Lagger (CVP): Ich stelle keine Frage, sondern will nur eine kurze, erfreuliche Bemerkung anbringen: Auf Seite 53 steht geschrieben, dass Beschäftigungsmassnahmen Sozialhilfe Empfangenden erlauben, an Programmen teilzunehmen, um sich zu qualifizieren, Berufserfahrung zu sammeln und eine Tagesstruktur zu erhalten. Genau für solches sind die Beschäftigungsprogramme gedacht und nicht dafür, Sozialhilfe Empfangende von der einen in die andere Sozialversicherung abzuschieben.

Herr Jan Remund (GFL): Ich stelle eine Frage zu Köniz in Zahlen, Seite 57: Was heisst die Bezeichnung "Umgangssprache" genau? Unserer Fraktion macht auch der hohe Anteil an ausländischen Schülerinnen und Schülern von 33, 97 Prozent (Liebefeld Steinhölzli Sek I) und 55,41 Prozent (Liebefeld Hessgut Prim) grosse Sorgen. Ist sich der Gemeinderat dieser Problematik bewusst und sind Massnahmen vorgesehen?

Herr Gemeinderat Ueli Studer (SVP): Ich konnte nicht alles verstehen, weil das Mikrofon offenbar nicht richtig eingestellt war. Zu der hohen Anzahl ausländischer Schülerinnen und Schüler im Liebefeld, die euch beunruhigt, teile ich Folgendes mit: Das ist eine Tatsache. Dieses Gebiet ist der Stadt Bern am nächsten, was vielleicht ein Grund sein kann, denn wir stellen fest, dass der Ausländeranteil in städtischen Gebieten höher ist. Die Schulsozialarbeit ist eine Massnahme, die Wesentliches dazu beiträgt, dass die Schulen im Liebefeld in diesem Bereich keine grossen Probleme haben. Vorläufig sind keine weiteren Massnahmen geplant. Mit der Bezeichnung Umgangssprache sind eingebürgerte Schweizer Schulkinder gemeint, deren Muttersprache nicht die deutsche ist.

Direktion Gemeindebauten

Herr Valentin Lagger (CVP; GPK-Sprecher): Am 15. Mai 2006 wurden Stephanie Staub und ich im Gemeindehaus Bläuacker von der Direktion Gemeindebauten empfangen, den drei Co-Abteilungsleitern und der Vorsteherin Frau Gemeinderätin Judith Ackermann. Wir blickten auf das Jahr 2005 zurück und liessen uns erklären, dass fast alle Ziele erreicht wurden, d.h. die meisten Projekte konnten realisiert werden. Wenn eine Realisierung nicht klappte, so lag dies meist an exogenen Faktoren wie z.B. noch ausstehende Bewilligungen. Wir stellten fest, dass die Abteilung Gemeindebauten ein Dienstleistungsbetrieb par excellence ist, mit sehr vielen Querschnittsfunktionen für andere Abteilungen und Direktionen. Positiv ausgewirkt hat sich

dabei sicher, dass die Gemeindeverwaltung nun mehr oder weniger zentralisiert im Gemeindehaus Bläuacker anzutreffen ist. Die Direktion Gemeindebauten verfügt über eine ausserordentlich vielfarbige Liste, auf welcher sämtliche Projekte aufgelistet sind. Eines der wichtigen Anliegen für 2006 wird die Sicherheit im Bereich Brand- und Personenschutz sein. Im Weiteren kann erklärt werden, dass bis Ende 2005 die meisten grösseren Investitionen dem Parlament vorlagen und es im Jahr 2006 darum gehen wird, all diese Projekte umzusetzen. Man befindet sich in einer Konsolidierungsphase. Von meiner Seite ganz herzlichen Dank an die Co-Leitung und die ganze Abteilung sowie an die Vorsteherin Frau Judith Ackermann und auch an Verena Berger, die bis am 31. Dezember 2005 der Direktion vorstand.

Herr Christoph Salzman (SP): Ich stelle eine Frage zur Bemerkung im Zusatzbericht der GPK zum Submissionswesen, wo die Kommunikation mit den KMU-Betrieben verbessert werden soll. Diese Feststellung stimmt für mich. Aber die Bemerkung, dass der Anteil Arbeitsvergaben an das ortsansässige Gewerbe erhöht werden soll, führt mich zur Frage, wie sich das mit dem Grundsatz der freien Marktwirtschaft, dass zwar nicht der billigste aber der günstigste Anbieter zum Zug kommen soll, zur WTO und den Regeln des VRB sowie einem häuslicher Umgang mit unseren Finanzen verhält. Ich bin auch dafür, dass im Submissionswesen nicht nur die Frankenbeträge berücksichtigt werden müssten, sondern es könnten auch andere Kriterien - wie z.B. der Lehrlingsanteil eines Betriebes oder ob Umweltschutzaufgaben berücksichtigt werden - hinzugezogen werden. Wichtig scheint mir jedoch, dass die Kriterien transparent sind und gleich lange Spiesse für alle Betriebe gelten, ob sie Köniz ansässig sind oder nicht.

Frau Gemeinderätin Judith Ackermann (FDP): Ich wiederhole hier, was Christian Vifian heute bereits erwähnte: Tragt Sorge zu den KMU-Betrieben. Das ist genau jener Punkt, der mich dazu animiert, bei der Submission genau hinzuschauen. Unser Submissionswesen ist jedoch klar geordnet, d.h. wir können nicht irgendetwas mauscheln, das nicht mit den vorhandenen Gesetzen harmoniert. In den Submissionsvorlagen des VRB sind gewisse legale Spielräume vorhanden. Der Preis wird jedoch weiterhin das grosse Kriterium bleiben.

Direktion Gemeindebetriebe

Herr Urs Maibach (GB; GPK-Sprecher): Am 16. Mai 2006 statteten Alfred Arm und ich den Besuch im Namen der GPK bei der Direktion Gemeindebetriebe ab. Wir wurden vom Vorsteher Herr Gemeinderat Urs Wilk und dem Abteilungsleiter Herr Christian Flühmann sehr zuvorkommend empfangen. Alle unsere Fragen wurden kompetent und umfassend beantwortet. Uns interessierte der Wechsel der Direktion, der auf Anfang 2006 stattfand. Wir stellten fest, dass dieser ohne weitere Probleme erfolgte und die Abteilung nach wie vor sehr professionell und kompetent geführt wird. Der Bericht unseres Besuches wurde euch letzte Woche zugestellt und ich nehme an, er wurde mit Interesse gelesen. Ich werde nicht auf einzelne Themen eingehen. Allfällige Fragen werde ich zu beantworten versuchen. Ein Punkt scheint mir erwähnenswert, denn er wird uns in dieser Legislatur sicher noch beschäftigen: Der Deckungsgrad der Kosten bei Wasser und Abwasser ist sehr niedrig. Wir können die heute existierenden Defizite problemlos aus den grossen Reserven finanzieren, aber für Mitte Legislatur ist vorgesehen, diesen Bereich zu prüfen und allenfalls Gebührenerhöhungen vorzusehen. Wichtig zu wissen ist, dass die Gemeinde Köniz im Gebührenvergleich mit anderen Gemeinden sehr günstig ist. Eine allfällige Gebührenerhöhung wird sicher auch deshalb notwendig werden, weil im Bereich Wasser von Gesetzes wegen ein Deckungsgrad von 100 Prozent vorgeschrieben ist. Die Direktion Gemeindebetriebe ist insofern eine sehr dankbare, weil die Geschäfte in der Regel klar und unbestritten sind, denn es handelt sich jeweils um notwendige Vorhaben wo es darum geht, die Bevölkerung mit sauberem Trinkwasser zu versorgen und die anfallenden Abwasser ordnungsgemäss zu entsorgen. Bei diesen Geschäften besteht in der Regel wenig oder gar keine Opposition. Die Abteilung Gemeindebetriebe ist jedoch auch sehr interessant, vor allem wenn man weiss, was alles hinter der Bezeichnung GBet - neu DBE - steckt. Wenn man auch weiss, was alles geleistet wird, damit wir sauberes Trinkwasser zur Verfügung haben. Das alles ist sehr beeindruckend. Ich erhielt im Jahr 2005 bei zwei je einen halben Tag dauernden Besuchen von Grundwasserfassungen, Reservoirs und Abwasserkanälen, einen umfassenden Eindruck der Direktion Gemeindebetriebe, auch bezüglich Organisation und Verwaltung.

Zusammenfassend kann ich erklären, dass ich eine sehr gut geführte Direktion Gemeinde-

betriebe antraf, mit motivierten und fachkundigen Mitarbeitenden, die alle ausgezeichnete Arbeit leisten. Ich danke ihnen an dieser Stelle herzlich dafür.

Polizeidirektion

Frau Stephanie Staub (SP; GPK-Sprecherin): Bernhard Bichsel, Stefan Lehmann und ich besuchten die Polizeidirektion und die Direktion Bevölkerungsschutz (Bernhard Bichsel). Beim Besuch waren zudem die Vorsteherin, Frau Gemeinderätin Marianne Streiff und der Abteilungsleiter Werner Zahnd anwesend. Ich pickte mir aus Köniz in Zahlen die Geschwindigkeitskontrollen heraus, weil mich interessierte, was in diesem Bereich in den letzten Jahren vor sich ging. 1995 nahm die Kantons- und Gemeindepolizei 58 Geschwindigkeitskontrollen vor. 10'000 Fahrzeuge wurden kontrolliert; die Anzahl der Übertretungen betrug 823, was 8,1 Prozent ausmachte. 2005 wurden 159 Geschwindigkeitskontrollen vorgenommen, an welchen 42'000 Fahrzeuge kontrolliert wurden. Festgestellt wurden 3'000 Übertretungen, was 7 Prozent ausmacht. Somit wurden 2005 weniger Geschwindigkeitsübertretungen festgestellt. Hinter diesen Kontrollen steckt sehr viel Arbeit. Die Kantonspolizei wird in "Police Bern" zusammengeschlossen, was der Umsetzung der Motion Bolli/Lüthi im Grossen Rat entspricht. Festgestellt wurde, dass viele Gemeinden, welche über eine eigene Gemeindepolizei verfügen, über diese Umsetzung nicht sehr erfreut sind. Auch die Gemeinde Köniz stellt fest, dass die Kosten in diesem Bereich steigen werden, weil nach wie vor Dienstleistungen bei der Kantonspolizei eingekauft werden müssen. Deshalb wird an der Sägestrasse 42 zusätzlicher Raum angebaut - dieser Neubau wurde im Parlament bereits genehmigt -, damit die Kantonspolizei die für sie notwendigen Räumlichkeiten mieten kann. Der Baubeginn ist auf 2007 geplant und der Einzug der Kantonspolizei soll ein Jahr später erfolgen. Die Umsetzung von Police Bern hat zur Folge, dass die beiden Kantonspolizeiposten in Wabern und Niederwangen geschlossen werden müssen. Das Personal wird in Köniz weiterbeschäftigt, und voraussichtlich werden 5 bis 6 Gemeindepolizisten von der Kantonspolizei übernommen.

Im Parlament wurde am 19. Dezember 2005 das Geschäft der stationären Geschwindigkeitskontrollen - der so genannten Blechpolizisten - genehmigt. Die Terminziele müssen neu definiert werden, da die Ausschreibung sehr aufwändig war und die Lieferfristen der Blechpolizisten länger sind als gewünscht. Deshalb können diese Blechpolizisten erst per Schulbeginn 2007 in Betrieb genommen werden. Die so genannten Visispeed-Geräte, welche die Geschwindigkeit für den Autofahrenden sichtbar machen, sind im Winter nicht brauchbar, werden jedoch während des Sommers vermehrt installiert. Die Kontrolle im ruhenden Verkehr wird momentan durch die Firma Securitas übernommen. Es ist für die Securitas jedoch sehr schwierig, kurzfristig und flexibel zu reagieren und deshalb wird, um die Nachbearbeitung der stationären Radarmessungen und die Kontrolle des ruhenden Verkehrs besser in den Griff zu bekommen, eine Stelle mit einem 100-Prozent-Pensum ausgeschrieben. Während der Wintersaison werden die Mitarbeitenden der Badeanlage Weiermatt für die Kontrolle des ruhenden Verkehrs eingesetzt. Geplant ist auch, ungefähr sieben weisse Zonen in blau umzuwandeln.

Das Gewaltproblem wurde auch besprochen und hier ist die Tendenz steigend, dies vor allem im Bereich der häuslichen Gewalt. Diese ist bei der schweizerischen und der ausländischen Bevölkerung gleichermassen hoch. In diesem Bereich muss an den zwischenmenschlichen Beziehungen gearbeitet werden, denn sehr starke Überforderungen einzelner Personen lassen deren Hemmschwelle immer mehr sinken.

Seit Jahren existiert in Köniz die so genannte "Elternpatrouille", d.h. Eltern stellen sich für den Kellendienst bei Fussgängerstreifen für die Sicherheit der Schulkinder zur Verfügung. Mit dieser Arbeit ist sehr viel Verantwortung verbunden und die Helfenden erhalten einen Gutschein im Wert von 100 Franken sowie die Ausbildung für diese Arbeit. Sie wurden auch zu einem Apéro eingeladen. Ganz neu existiert ein Sozialausweis für geleistete freiwillige Dienste, der bei Stellenbewerbungen beigelegt werden kann.

Bei der Badeanlage Weiermatt ist das Parkplatzsystem immer noch ein grosses Problem. Der Wunsch nach der Anschaffung eines Bezahlsystems, mit welchem die effektive Besucherzeit bezahlt werden kann - im Sinne eines Parkhaus-Systems - wird ins Budget 2007 aufgenommen.

Zum Thema Alkoholveräufe an Jugendliche: In Zusammenarbeit mit der Fachstelle Prävention und der Gewerbepolizei wurde versucht, eine Schulung für die Angestellten von Geschäften

und Restaurants in der Gemeinde Köniz, durchzuführen. Frau Gemeinderätin Marianne Streiff informierte mich, dass dieses Angebot leider schlecht genutzt wurde. Testverkäufe im Oktober 2005 zeigten ein niederschmetterndes Ergebnis. Von 13 kontrollierten Betrieben hielten sich nur deren zwei an die gesetzlichen Vorschriften. 11 Betriebe mussten angezeigt werden oder erhielten eine richterliche Busse. Das Regierungsstatthalteramt verwarnte sechs Betriebe und vier erhielten ein Alkoholverkaufsverbot während drei Monaten. Einem Betrieb wurde die Betriebsbewilligung entzogen.

Die wichtigsten Projekte der Jahre 2006/2007 sind: Die Inbetriebnahme der Geschwindigkeitsmessanlagen, die Anpassung der Gebührentarife, die Einbürgerungsverordnung und der Anbau für den Standort der Kantonspolizei.

Ich danke herzlich für den wirklich guten Empfang, den wir im "Café Blaulicht" erfahren durften. Bereits wurde über die neue Direktion Sicherheit - ab Mai 2006 - in welcher alle Blaulicht-Organisationen zusammengefasst sind, diskutiert. Diese Zusammenfassung macht grossen Sinn, denn so können Synergien genutzt werden und vor allem ist die Abteilungsleitung nur noch einem Direktionsvorstand gegenüber verantwortlich. Besten Dank auch für die gute Arbeit, welche in der Direktion Sicherheit geleistet wird.

Herr Jan Remund (GFL): Ich stelle eine Frage zu "Köniz in Zahlen", Seiten 73/74, Geschwindigkeitskontrollen. Ich nahm die "Tradition" von Urs Maibach auf und betrachtete diese Tabelle etwas genauer. Vorerst danke ich der Polizeiabteilung, welche vermehrt Geschwindigkeitskontrollen vorgenommen hat und den Autofahrenden, welche die Höchstgeschwindigkeiten besser einhielten. Meine Frage: Weiterhin werden an verschiedenen Orten die angegebenen Höchstgeschwindigkeiten deutlich überschritten, wie z.B. an der Buchseestrasse, der Gaselstrasse, der Sensemattstrasse und an der Muhlernstrasse im Schlatt. Sind eventuell bauliche Massnahmen geplant, um die bessere Einhaltung, insbesondere von Tempo 30, durchzusetzen?

Frau Gemeinderätin Marianne Streiff (EVP): Momentan sind keine solchen Massnahmen geplant. Erst wenn der so genannte V85-Wert - die von 85 Prozent aller gemessenen Fahrzeuge gefahrene Geschwindigkeit innerhalb eines Jahres - nicht erreicht wird, werden bauliche Veränderungen ins Auge gefasst. Jene Orte, an welchen vermehrt deutliche Geschwindigkeitsübertretungen gemessen werden, behalten wir im Auge.

Direktion Bevölkerungsschutz

Herr Bernhard Bichsel (jfk; GPK-Sprecher): Am 5. Mai 2006 im Café Blaulicht: Verwaltungsbesuch zusammen mit Stefan Lehmann und Stephanie Staub bei der Direktion Bevölkerungsschutz. Ich picke drei Hauptthemen heraus: Im Bereich Zivilschutz sind Bemühungen für die Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden im Gang, damit das RAZ (Regionales Ausbildungszentrum) Platten besser ausgenützt wird. Bei der Feuerwehr sind Materialerneuerungen erwähnenswert: Das Zug- und Werkstattfahrzeug Nissan Patrol wurde durch ein neues ersetzt sowie in einer ersten Tranche Funkmittel und - zusammen mit der Feuerwehr Ittigen und der Feuerwehr der Firma Haco AG - eine Wärmebildkamera. Die Parkplatzproblematik auf dem Parkplatz des Feuerwehrmagazins in Köniz, welche zwischen den Milizfeuerwehrleuten und den fest angestellten Feuerwehrleuten im Falle eines Alarmes entsteht, muss gelöst werden.

Der Katastrophenführungsstab (KaFKö) muss wegen des Zuzugs der Ortspolizei einen neuen Führungsstandort suchen; ins Auge gefasst werden Räumlichkeiten auf dem Areal 101 im Werkhof. Ich hoffe, dass wir noch im Jahr 2006 darüber informiert werden.

Ich danke für den interessanten Einblick in die Verwaltung.

Präsidial- und Finanzdirektion

Herr Harald Henggi (FDP; GPK-Sprecher): Valentin Lagger und ich besuchten am 10. Mai 2005 die Präsidial- und Finanzdirektion und wurden vom Gemeindepräsidenten Luc Mentha und seinen Kaderpersonen begrüsst. Der Bericht zu diesem Besuch wurde euch abgegeben. Ich gehe auf drei Punkte ein: Der Verwaltungsbericht besteht aus einem Textteil und der Beilage "Köniz in Zahlen", die beide sehr viele Informationen enthalten. Wir äusserten den Wunsch, den Verwaltungsbericht einer sanften Renovation zu unterziehen, damit dessen Aussagekraft erhöht wird. Insbesondere sollen alle Direktionen einheitlich über Zielsetzung, Zielerreichung und Ausblick auf das laufende Jahr berichten. In der übrigen Berichterstattung tut

eine gewisse Priorisierung der Informationen durchaus Not. Wir erkundigten uns nach der IT-Sicherheit und allfälligen Notfallszenarien. Hier stellten wir die Frage, wie lange die Gemeindeverwaltung ohne IT existieren könnte. Diese Frage wird diskutiert und wenn nötig, werden sicher die notwendigen Massnahmen getroffen. Betreffend externer Revisionsstelle läuft der Vertrag mit der Firma PWC (PriceWaterhouseCoopers) per Ende Jahr aus. Dieses Thema werden wir anlässlich der GPK-Sitzung im August zusammen mit dem Gemeindepräsidenten diskutieren. Wir möchten es nicht unterlassen, dem Gemeindepräsidenten Luc Mentha und seinen Mitarbeitenden unseren besten Dank für die geleistete Arbeit auszusprechen und ich bitte Luc Mentha, diesen Dank weiterzuleiten.

Die GPK empfiehlt euch einstimmig, diesem Geschäft gemäss Beschlussesentwurf des Gemeinderates zuzustimmen und den Verwaltungsbericht 2005 zu genehmigen.

Einstimmig fasst das Parlament folgenden

Beschluss

Der Verwaltungsbericht über das Jahr 2005 wird genehmigt.

Die Sitzung wird für fünf Minuten unterbrochen.

5. Schlussbericht Legislaturplanung 2002 bis 2005

Kenntnisnahme; alle Direktionen

Herr Harald Henggi (FDP; GPK-Sprecher): Zuerst eine kleine Korrektur auf Seite 12 des Schlussberichtes: Bei den Punkten 0218 und 0219 müssen die beiden Worte **Prognose** gestrichen werden. Bezüglich Kommunikationskonzept unter Punkt 0218 wurde die GPK über die Fertigstellung des Kommunikationskonzeptes informiert. Es wurde ein Massnahmenkatalog mit 12 Punkten erarbeitet. Der extern beigezogene Berater wird nur noch bezüglich Stellensuche unterstützend eingreifen.

Nach der Beratung des Berichtes - nicht der Ziele - geben wir dem Parlament zur Kenntnis, dass 5 GPK-Mitglieder zustimmend und 2 Mitglieder teilweise zustimmend vom Schlussbericht Kenntnis genommen haben.

Der Parlamentspräsident: Wir nehmen hier keine Eintretens- und Detailberatung vor, sondern die Fraktionen können eine politische Würdigung und Bewertung des Schlussberichtes zum Ausdruck bringen.

Frau Ursula Wyss (GFL): Auch hier geht es um Vergangenheitsbewältigung. Glücklicherweise haben wir den Schlussbericht lediglich zur Kenntnis zu nehmen und müssen nicht die Zielerreichung beurteilen, denn anhand der Legislaturziele wäre dies aus meiner Sicht eine ziemlich schwierige Aufgabe. Ich gebe ein Beispiel: Zu Ziel 205, Zunahme der Bevölkerung, Steigerung des Steuereinnahmepotenzials, steht geschrieben, dass es erreicht wurde. Dieses Ziel wird jedoch bereits erreicht, wenn - überspitzt gesagt - ein Einwohner mehr in Köniz Wohnsitz nimmt. Ich will damit erklären, dass die Ziele zu wenig klar definiert sind. Jedes Ziel sollte aus meiner Sicht so formuliert sein, damit es nach klaren Kriterien beurteilt werden kann, die bereits bei der Zielaufstellung festgelegt werden. Ich lege dem Gemeinderat ans Herz, für die nächste Legislaturplanung wenn möglich konkretere Ziele zu formulieren. Die Kontrolle wäre für den Gemeinderat einfacher und dem Parlament fiel es auch leichter, sie nachzuvollziehen. Trotzdem sind einige interessante Sachen enthalten und Informationen zu einzelnen Zielen teilweise sehr ausführlich. Es ist ersichtlich, dass in den letzten vier Jahren einiges vorgenommen wurde und dafür danke ich dem Gemeinderat herzlich. Die GB/GFL-Fraktion nimmt zustimmend Kenntnis vom Schlussbericht.

Zu einem Ziel habe ich noch eine spezielle Bemerkung anzubringen: Auf Seite 9, Ziel 0213, Sanierung Kirchstrasse: Die Kirchstrasse ist allgemein in einem schlechten Zustand und hat vor allem für Fussgänger in Wabern einige sehr gefährliche Stellen. Für Schulkinder ist die Situation richtiggehend kriminell. Leider wurden alle Anläufe des Elternrates für eine Verbesserung der Situation vom Gemeinderat jeweils negativ beantwortet und auf die bevorstehende Sanierung hingewiesen. Diese Sanierung ist gemäss vorliegendem Bericht jedoch erst für das Jahr 2008 vorgesehen. Ich bitte den Gemeinderat inständig, die Sanierung

vorher zu realisieren oder, sollte dies nicht möglich sein, eine Übergangslösung zu finden. Die Situation ist wirklich gefährlich und unübersichtlich.

Herr Bernhard Bichsel (jfk): Die FDP/jfk-Fraktion nimmt zustimmend Kenntnis vom Schlussbericht der Legislaturplanung 2002 bis 2005. Wir möchten hier explizit auf die Ziele eingehen, denn uns ist - wie meiner Vorrednerin - aufgefallen, dass die Ziele nicht gut definiert sind. Uns ist sehr wichtig, dass die Ziele bei einer neuen Planung genauer definiert werden. Ich gebe ein Beispiel: Bessere Verteilung Vollzeit/Teilzeit auf Seite 13, Punkt 0220. Diese Ziele können nicht gemessen werden. Ich möchte noch einen Schritt weitergehen als Ursula Wyss, dass die Ziele nicht nur "wenn möglich", sondern unbedingt festzulegen sind.

Herr Valentin Lagger (CVP): Die CVP/EVP-Fraktion stösst ins gleiche Horn wie meine Vorredner, sie nimmt zum Teil zustimmend, zum Teil teilweise zustimmend Kenntnis vom Schlussbericht. Ich gebe ein Beispiel: Als Ziel wurde definiert, den realen Personal- und Sachaufwand unter Punkt 201.1 im Griff zu behalten. Was den Personalaufwand betrifft, betrug dieser im Jahr 2001 40'073 Millionen Franken und im Jahr 2005 40'782 Franken und daraus wird eine Zielerreichung geschlossen. Betrachtet man jedoch etwas weiter unten, dass sich der Personalbestand in der Zwischenzeit - infolge Ausgliederung der KITA-Betreuung und des BIZ - vermindert hat, ist dieser Vergleich in meinen Augen nichtig.

Herr Christian Burren (parteilos): Wir hörten bereits einige Male, die Erreichung oder Nichterreichung eines Legislaturzieles sei nicht so leicht messbar. Wichtig ist, dass wir dies in Zukunft mit der IAFP (Integrierte Aufgaben- und Finanzplanung) verknüpfen können, so dass wir ein klares Steuerungsinstrument in der Hand haben, damit die Legislaturziele formuliert und kontrolliert werden können.

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Ich nehme die Hinweise über die Präzision der Zielformulierungen gerne entgegen. Der Gemeinderat hat sich die Präzisierung bei der Ausformulierung der nächsten Legislaturziele auch vorgenommen. Abgesehen davon darf festgestellt werden, dass das Ergebnis der Umsetzung der Legislaturziele insgesamt erfreulich ist. Wir haben viel erreicht und dafür darf der Verwaltung ein grosses Kompliment ausgesprochen werden. Trotz der technisch nicht ganz optimalen Ausformulierung der Ziele - in dem Sinne, dass nicht alle wirklich handfest messbar waren - wählte der Gemeinderat eine richtige Vorgabe und erreichte mehr als nur - wie von einigen Votanten erklärt - so genannte "Peanuts". Das will ich hier festhalten. Zu der Sanierung der Kirchstrasse: Wir werden selbstverständlich prüfen, ob diese allenfalls vorgezogen werden kann. Der Gemeinderat erstellte vor Jahren, als ich noch nicht Gemeindepräsident war, eine Analyse mit der Feststellung, dass, um alle notwendigen Investitionen vorzunehmen, eine Erhöhung von 1,5 Steuerzehnteln notwendig sei. Die Stimmbevölkerung bewilligte jedoch nur 1 Steuerzehntel, was gewisse Auswirkungen hatte, insbesondere auf den Investitionsbereich. Der Gemeinderat musste Prioritäten setzen und diesen fiel die Sanierung der Kirchstrasse zum Opfer. Wir werden diesen Umstand im Gemeinderat sorgfältig analysieren.

Frau Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP): Die Sanierung der Kirchstrasse wurde auf der Prioritätenliste nach vorne versetzt. Ich kann den genauen Zeitpunkt der Realisierung jedoch noch nicht bekanntgeben. Ich denke nicht, dass mit kleineren Sofortmassnahmen etwas erreicht werden kann, die Sanierung muss in grossem Umfang - d.h. auch mit grossen Investitionen - angegangen werden.

Herr Christian Vifian (SP): Eine Anregung betreffend der Formulierung von Legislaturzielen: Ich empfehle euch, nicht die Zielformulierungen zu präzisieren, sondern jedes Qualitätsmanagementsystem ist gleich aufgebaut: Wenn ein Ziel formuliert ist, soll versucht werden, dazu eine EKG (Erfolgskenngrösse) zu nennen. Wenn diese definiert ist, ist sie der Gradmesser für die Zielerreichung. Nur Ziele allein zu definieren nützt nichts, entscheidend ist es, den Mut zu haben und festzustellen, ob sie erreicht, teilweise erreicht oder nicht erreicht wurden.

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Ich danke Christian Vifian für sein Votum. Wir haben dies so vorgesehen. Neu werden nicht nur Ziele mit einer Zeitachse für die Erreichung aufgezeigt, sondern es wird eine Rubrik "Indikatoren" erstellt, mit welcher die Wirkung der Massnahme in Bezug auf die Zielerreichung gemessen werden kann.

Mit 25 Stimmen zustimmend und 12 Stimmen teilweise zustimmend fasst das Parlament folgenden

Beschluss

Das Parlament nimmt Kenntnis vom Schlussbericht über die Legislaturplanung 2002 bis 2005.

6. Aufhebung des Reglementes über die Einbürgerungskommission

Reglement; Direktion Sicherheit

Frau Stephanie Staub (SP; GPK-Sprecherin): In der Gemeinde Köniz war bis anhin die ständige parlamentarische Einbürgerungskommission für die Erteilung und Zusicherung oder auch Ablehnung des Gemeindebürgerrechts zuständig. Die Einbürgerungskommission arbeitete aufgrund des Reglementes über die Einbürgerungskommission vom 19. Januar 2001. Am 25. September 2005 fand eine kantonale Volksabstimmung statt, mit welcher die Stimmbevölkerung entschied, dass auf Gemeindeebene neu nur noch der Gemeinderat für die Erteilung, Zusicherung oder Ablehnung des Gemeindebürgerrechts zuständig ist. Der Gemeinderat von Köniz entschied am 10. Mai 2005, den verbleibenden Spielraum folgendermassen zu nützen: Neu wird eine Verordnung erstellt, in welcher die Einbürgerungskommission weiterhin beauftragt wird, das Einbürgerungsverfahren zu begleiten und einen Teil der Abklärungen vorzunehmen. Entscheide und Verfügungen werden durch die Vorsteherin oder den Vorsteher der Direktion Sicherheit gefällt, der oder die gleichzeitig Präsident/Präsidentin der Einbürgerungskommission ist. Die kantonalen Vorschriften sind zwingend, das alte Reglement ist somit obsolet und die bestehende Einbürgerungskommission kann seit dem 1. Juni 2006 keine Entscheide mehr fällen. Deshalb empfiehlt die GPK dem Parlament einstimmig, diesem Geschäft gemäss dem Antrag des Gemeinderates zuzustimmen.

Frau Gemeinderätin Marianne Streiff (EVP): Stephanie Staub erklärte es bereits. Wir nehmen hier den Vollzug von übergeordnetem Recht vor. Die Einbürgerungskommission der Gemeinde Köniz funktionierte bis anhin sehr gut. Sie arbeitete sehr sachlich und differenziert. Bei dieser Gelegenheit danke ich allen Mitgliedern der Einbürgerungskommission ganz herzlich für ihre Arbeit. Leider können wir nicht mehr so weiterfahren, da die Kompetenzen durch übergeordnetes Recht zum Gemeinderat verschoben wurden. Wir versuchten mit der neuen Verordnung über das Einbürgerungsverfahren - welche das Parlament lediglich zur Kenntnis nehmen kann - das bisher gut Funktionierende möglichst beizubehalten. Das heisst, die bis anhin amtierende, aus Parlamentsmitgliedern bestehende Einbürgerungskommission, soll die Geschäfte weiterhin vorbereiten und einen Teil der Abklärungen vornehmen. Die Entscheide (bzw. Verfügungen) liegen gemäss Art. 1 der Verordnung über das Einbürgerungsverfahren beim Vorsteher oder der Vorsteherin der Direktion Sicherheit. Wir haben uns für diese Lösung entschieden, damit die Parlamentsmitglieder - als vom Volk gewählte Vertreter - in diesem für die Bevölkerung doch heiklen Bereich weiterhin Vorbereitungen und Abklärungen vornehmen können. In der Verordnung musste in Art. 3 Abs. 3 die Formulierung "möglichst" gewählt werden, weil dieser sonst übergeordnetem Recht widersprechen würde.

Eintreten

Herr Peter Antenen (parteilos): Das Wesentliche wurde bereits gesagt, wir haben hier übergeordnetes Recht einzuhalten. An dieser Stelle bringe ich zwei, drei Überlegungen aus der Einbürgerungskommission zum Ausdruck: Erstens danken wir dem Gemeinderat, dass er an den Parlamentsmitgliedern festhält. Das ist für uns ein Zeichen dafür, dass er die Arbeit der bisherigen Einbürgerungskommission schätzt und nicht auf das Fachwissen verzichten will. In der Einbürgerungskommission wird die Meinung nicht einhellig geteilt, dass der Gemeinderat in der Verordnung in Art. 1 die Zusicherung oder Erteilung des Gemeindebürgerrechts an ein einziges Mitglied delegiert. Ein grosser Teil der Einbürgerungskommission ist der Meinung, es sei besser, wenn der Gesamt-Gemeinderat über die Einbürgerungsgesuche auf Antrag der Kommission entscheiden würde. Wir betrachten es als politisch schwierig, dass eine einzige Person über einen solch heiklen Bereich entscheiden kann. Der Gemeinderat will auf der einen Seite die demokratische Legitimation der Mitglieder der Einbürgerungskommission, andererseits übergibt derselbe Gemeinderat die ganze Verantwortung jedoch an ein Mitglied. Der Kommissionsmehrheit ist es ein Anliegen, dass diese Überlegungen dem Gemeinderat bekanntgemacht werden und wir gehen davon aus, dass er sich dieser Problematik bewusst

ist. Das Gemeinderatsmitglied hat sicher die Überlegungen und Abklärungen der Einbürgerungskommission im Hintergrund, die politische Verantwortung und der alleinige Entscheid nach aussen sind letztendlich ihm allein vorbehalten.

Frau Liz Fischli (GB): Auch die GB/GFL-Fraktion erlaubt sich eine Bemerkung zur Verordnung über das Einbürgerungsverfahren, obwohl die Zuständigkeit beim Gemeinderat liegt. Es geht um Art. 3, welcher die Zusammensetzung der acht weiteren Mitglieder beschreibt. Wir sind der Meinung, dass eine Kommission, die nur aus Parlamentsmitgliedern besteht, staatsrechtlich nicht unproblematisch ist. Das kantonale Recht ordnete den Entscheid über die Einbürgerung klar der Exekutive zu. Wenn eine Einbürgerungskommission nur aus Parlamentsmitgliedern besteht und grosse Vorarbeit leistet - d.h. quasi Antrag stellt - ist das wiederum eine Verschiebung hin zum Parlament und das ist vermutlich nicht die Meinung des kantonalen Gesetzes. Wir sehen aber auch eine grosse Chance im Wort "möglichst", weil damit die Kommission offener gestaltet werden könnte und die Möglichkeit bestünde, Fachpersonen zu wählen. Das wäre ein Plus für alle Integrationsbemühungen. Uns scheint es richtig, wenn hier eine Fachkommission bestehen würde, welche den Gemeinderat beratend unterstützt. Die GB/GFL-Fraktion ist bereit, diesen Weg zu gehen und deshalb haben wir eine ausgewiesene Fachperson - Schweizerin und Migrantin - zur Wahl vorgeschlagen. Wir hoffen, dass der Gemeinderat dies bei einer erneuten Diskussion der Verordnung berücksichtigt und unseren Vorschlag unterstützen kann.

Frau Elisabeth Troxler (SP): Ich führe noch einen Punkt auf, den wir in der SP-Fraktion diskutierten und an das von Peter Antenen Gesagte anknüpft: Dass der alleinige politische Entscheid nun bei einem einzigen Gemeinderatsmitglied liegt, beinhaltet in unseren Augen ein grosses Risiko, was den Schutz angeht. Das darf nicht unterbewertet werden. Im vollen Wissen darum, dass wir zur Verordnung nichts zu sagen haben, möchten wir trotzdem folgenden Vorschlag machen: Sollte das entscheidbefugte Gemeinderatsmitglied dem Vorschlag der Einbürgerungskommission nicht folgen, entscheidet der Gesamtgemeinderat, dies auch bei sonstigen schwierigen oder kontroversen Fällen.

Einstimmig fasst das Parlament folgenden

Beschluss

Das Reglement vom 19. Januar 2001 über die Einbürgerungskommission wird per 30. Juni 2006 aufgehoben.

7. Familienergänzende Kinderbetreuung / Ausbau des Betreuungsangebotes im Bereich der Kindertagesstätten und der Tagespflege

Kredit; Direktion Bildung und Soziales

Herr Alfred Arm (SP; GPK-Sprecher): Seit längerer Zeit wird bereits davon gesprochen, dass im Liebefeld die neue KITA "futura" mit 24 Plätzen entstehen soll, in welcher maximal 12 Plätze für die neu zuziehende Firma Swisscom Mobile reserviert sind. Die vorberatende Kommission für soziale Fragen empfahl der GPK, das Geschäft zu unterstützen und die GPK gibt diese Empfehlung dem Parlament weiter. Der Ausbau der familienergänzenden Kinderbetreuung ist weitestgehend unbestritten. Einige Stichworte zum Bedarf: Am 20. März wurden auf der Warteliste 202 Kinder gezählt, was 139 Plätzen entspricht. Diese 139 Plätze werden nochmals um einen Drittel reduziert, weil ein Teil der Kinder doppelt angemeldet ist oder andere Lösungen für deren Betreuung gefunden wurden. Somit sind in der Gemeinde Köniz noch 93 Kinder platzierbar. Werden beim Kanton Ermächtigungsgesuche gestellt, wendet dieser den Faktor 2 an. Weil in der KITA futura "nur" 24 Plätze geschaffen werden, ist der Bedarfsnachweis erfüllt. Gemäss Budget auf Seite 2 beträgt der Aufwandüberschuss maximal 545'000 Franken. Läuft alles wie vorgesehen, reduziert sich der Aufwandüberschuss im besten Fall auf noch 18'000 Franken. Gemäss Entscheid der GEF (Ermächtigung vom 8.5.2006) können 11 der neuen KITA-Plätze dem Lastenausgleich zugeführt werden, was die Gemeinde um rund 197'000 Franken entlastet. Gemäss Abklärungen beim BSV (Bundesamt für Sozialversicherungen) kann die Gemeinde Köniz im Rahmen einer Anstossfinanzierung weitere total 65'000 Franken für die ermächtigten 11 zusätzlichen KITA-Plätze vom Aufwandüberschuss abziehen. Die bereits erwähnte Kooperation mit der Firma Swisscom Mobile bringt weiter maximal 265'000 Franken ein. Zur ersten Bemerkung auf Seite 2 mache ich auf Fol-

gendes aufmerksam: Das Parlament muss den gesamten Aufwandüberschuss in der Höhe von 545'000 Franken verabschieden, auch wenn die Ermächtigung des Kantons bereits vorliegt. Zur zweiten Bemerkung der Anstossfinanzierung: Diese gilt nicht für drei, sondern für maximal zwei Jahre. Zur dritten Bemerkung: Es soll nicht verheimlicht werden, dass dieses Geschäft gewisse Risiken beinhaltet; für eventuelle Leerstände und Debitorenrückstände muss die Gemeinde aufkommen. Wie viele Plätze effektiv von der Firma Swisscom Mobile übernommen werden, steht ebenfalls noch aus. Das Geschäft ist nicht futuristisch, jedoch klar zukunftsgerichtet und hat klare Vorteile. Der Bedarf ist eindeutig gegeben, die Nettobelastung von im besten Fall lediglich noch 18'000 Franken ist erstaunlich tief. Die Risiken kann die Gemeinde Köniz tragen und die Kooperation mit einer Firma ist zukunftsweisend. Auch der Standort im Liebefeld stimmt, weil die Warteliste dort am längsten ist. Die GPK empfiehlt dem Parlament einstimmig, dem Geschäft gemäss Antrag des Gemeinderates zuzustimmen.

Eintreten

Frau Ursula Wyss (GFL): Ich danke dem Gemeinderat für die gute Vorlage. Um die Ziele von Bevölkerungswachstum und mehr Steuereinnahmen zu erreichen, sind genug Kinderbetreuungsplätze ein Muss. Mit dieser Vorlage gehen wir in die richtige Richtung. Der Wechsel einer bisher eher konservativ reagierenden Haltung und Politik zu einer aktiv agierenden ist für mich ein Lichtblick. Sie ist vielversprechend und zukunftsweisend, denn immer nur auf Ermächtigungsgesuche des Kantons zu warten, ist mir zu defensiv. Nun hat sich durch die Erteilung der beantragten Ermächtigung und die Anstossfinanzierung des Bundes die finanzielle Situation stark verbessert. Es kann nicht genug betont werden, dass die familienexterne Kinderbetreuung eine gute, lohnende Investition ist und unserer Gemeinde neue Einwohnende bringt. Die geplante Lösung, die neue KITA futura zusammen mit der Firma Swisscom Mobile zu betreiben, ist gut. Die Swisscom bietet schweizweit keine eigenen KITA-Plätze mehr an, sondern sie geht mit den jeweiligen Standortgemeinden Kooperationen ein. Für Kinder, die nicht in der Gemeinde Köniz wohnhaft sind, werden die vollen Kosten verrechnet. Die neue KITA bietet nicht nur Platz für Kinder von Swisscom-Angestellten, sondern auch für andere und das ist notwendig, betrachtet man den Bedarfsnachweis in der Beilage. Wir schlagen hier somit zwei Fliegen auf einen Streich. Der Ausbau ist massvoll, er umfasst total 27 zusätzliche Plätze, was gemäss der Beilage noch lange nicht das Maximum ist. Ein massvoller, dafür kontinuierlicher Ausbau ist allemal besser als zuviel auf einmal, damit ist das Risiko für die Gemeinde kleiner. Die GB/GFL-Fraktion stimmt dem Ausbau einstimmig zu.

Herr Mark Stucki (FDP): Wir debattierten an der letzten Sitzung über familienexterne Kinderbetreuung. Bereits damals erklärte ich hier vorn, dass es gesellschafts- und wirtschaftspolitisch wichtig und durchaus eine Aufgabe der Gemeinde ist, sich in diesem Bereich zu engagieren. Wie ich mir damals wünschte, verfügen wir heute über eine Vorlage, welche nicht von Visionen spricht, sondern das Resultat konkreter Arbeit ist. Wie gewünscht, setzt die heutige Vorlage klare Schwerpunkte dort, wo die Nachfrage in der Gemeinde am grössten ist. Wie gewünscht, setzt die Vorlage auf Kooperation mit der Privatwirtschaft, indem der Firma Swisscom Mobile Kinderbetreuungsplätze zur Verfügung gestellt werden. Das ist ein Signal für allfällige weitere Kooperationen mit wirtschaftlichen Unternehmen, was durchaus ein Standortvorteil für eine Gemeinde sein kann. Nebenbei erwähnt sind solche Kooperationen auch sinnvoll unter dem Gesichtspunkt der sozialen Durchmischung einer KITA. Wichtig ist beispielsweise, dass Kaderleute der Swisscom Mobile ihre Kinder in einer KITA betreuen lassen. Wie von der FDP/jfk-Fraktion gewünscht, scheint uns dieses Geschäft auch finanziell vertretbar. Wir sprechen von Kosten im Idealfall in der Höhe von 18'000 Franken. Mir fällt es zwar schwer, an diesen Idealfall zu glauben, aber ich bin der Ansicht, dass uns familienexterne Kinderbetreuung auch etwas kosten darf. Die Kosten werden auf ein vernünftiges Ausmass gesenkt und insofern stimmt die FDP/jfk-Fraktion dem Geschäft zu.

Herr Hans Moser (SVP): Alles Wichtige wurde bereits erwähnt und ich fasse mich kurz. Die SVP-Fraktion steht hinter dem Ausbau der familienergänzenden Kinderbetreuung. Wir danken dem Gemeinderat für die gute Vorbereitung der Vorlage. Wir sind uns auch bewusst, dass dieser Ausbau der Gemeinde Kosten generiert. Von Folgekosten wurde noch nicht gesprochen und dort wollen wir "den Finger drauf halten". Wir wissen, dass die Ermächtigung vom Kanton für den Ausbau der KITA-Plätze erteilt wurde; 11 Plätze können dem Lastenausgleich zugeführt werden. Der Standort der KITA am Sportweg im Liebefeld ist sehr gut, weil somit die

Kooperation mit der Firma Swisscom eingegangen werden kann. Wie von Ursula Wyss bereits erwähnt, werden für Kinder, welche nicht in der Gemeinde Köniz wohnhaft sind, die vollen Kosten verrechnet. Demgegenüber stehen die Risiken von Leerständen, welche von der Gemeinde übernommen werden müssen. Ein Wort noch zur langen Warteliste: Viele Kinder sind doppelt angemeldet, d.h. bei mehreren Kindertagesstätten, oder es wird eine familieninterne Lösung für die Betreuung gefunden. Die SVP stimmt dem Geschäft voll und ganz zu.

Herr Rolf Zwahlen (EVP): Die CVP/EVP-Fraktion freut sich ausserordentlich über diese Vorlage, nicht nur wegen des Ausbaus mit der neuen KITA futura, sondern auch über die Erhöhung der Betreuungsstunden in der Tagespflege und über das Bestreben des Gemeinderates, den Ausbau vernünftig und bedarfsgerecht weiter voranzutreiben. Die CVP/EVP-Fraktion unterstützt auch den Mut, ein gewisses unternehmerisches Risiko einzugehen, indem in der neuen KITA futura 24 Plätze realisiert werden, obwohl der Kanton nur 11 zusätzliche KITA-Plätze in den Lastenausgleich aufnimmt. 12 Plätze können mit grosser Sicherheit an Kinder von Swisscom-Mitarbeitenden vermittelt werden, dies zu Vollkosten von ungefähr 2'350 Franken pro Platz und Monat. Damit kann sehr günstig und mit kleinem Risiko die ideale Grösse von 24 Plätzen realisiert werden. Der Zeitpunkt stimmt, die Swisscom wird kommen und die Liegenschaft, welche der Pensionkasse der Gemeinde Köniz gehört, ist leer und muss einer Renovation unterzogen werden. Auch die Möglichkeit für den Erhalt der Anstossfinanzierung durch den Bund für zwei Jahre, war noch nie so gut wie gerade jetzt. Die CVP/EVP-Fraktion stimmt dem Geschäft zu.

Ein Wort noch zu den Betreuungsstunden der familienexternen Tagespflege: Die Erhöhung der Betreuungsstunden, welche von Tagesmüttern geleistet werden können, freut mich ganz besonders. Die Flexibilität in diesem Angebot ist sehr gut und dies für alle Beteiligten; es ist mehr Spielraum vorhanden. In der Tagespflege können auch Kinder betreut werden, die bereits zur Schule gehen. Dank der Arbeit zuhause können die Tagesmütter ihre eigenen Kinder zuhause betreuen, was weitere Kinder auf der Warteliste erspart. Hier ist eine eindeutige Win-Win-Situation vorhanden, wie auch für Gemeinde und Kanton, weil diese Art familienexterner Kinderbetreuung eindeutig die günstigste ist. Weiter so, die Richtung stimmt und Situationen wie der Aufnahmestopp im letzten Jahr sollten möglichst vermieden werden.

Frau Anna Mäder (SP): Hier im Saal wird wohl niemand darüber erstaunt sein, dass die SP-Fraktion dieses Geschäft vorbehaltlos und einstimmig unterstützt. Nachdem mein Kollege Martin Graber an der letzten Parlamentssitzung ein offensiveres Vorgehen bei der Schaffung von dringend benötigten zusätzlichen Kindertagesstätten forderte, freut es uns sehr, dass der Gemeinderat die Ankündigung ihres Mitgliedes Ueli Studer wahr machte und uns heute ein Geschäft vorlegt, das die Schaffung von 24 neuen KITA-Plätzen beinhaltet. Das ist mit Sicherheit ein grosser Schritt in die richtige Richtung. Um die KITA-Plätze zu finanzieren, müssen wir im schlechtesten Fall maximal 545'000 Franken investieren und dieser kann gar nicht mehr eintreten, da die Ermächtigung des Kantons für 11 zusätzliche Plätze erteilt wurde. Im besten Fall - was gemäss den Ausführungen des Gemeinderates durchaus realisierbar ist - kosten uns die KITA-Plätze gerademal 18'000 Franken, dies dank Bundeshilfe, dank dem Lastenausgleich und dank den Elternbeiträgen von Swisscom-Mitarbeitenden. Köniz kann demnach sozusagen zum Aktionspreis in die Offensive gehen und das ist gut so. Aber auch wenn der zweitschlechteste Fall eintreten sollte, ist der beantragte Kredit für die neuen KITA-Plätze gut investiertes Geld. Unterdessen - was mich sehr freut zu hören - ist nicht nur bei linken PolitikerInnen, sondern auch im bürgerlichen Kreis anerkannt und durch mehrere Studien belegt, dass von jedem ausgegebenen Franken für Betreuungsplätze mindestens drei Franken durch höhere Steuereinnahmen, Einsparungen bei der Sozialhilfe und Integrationsmassnahmen in die Kasse zurückfliessen. So gesehen ist, selbst wenn die Gemeinde Köniz den ganzen beantragten Kredit ausschöpfen müsste, die Investition immer noch - auch volkswirtschaftlich - lohnend. Bei aller volkswirtschaftlicher Betrachtungsweise darf aber nicht vergessen werden, dass Investitionen in familienexterne Betreuungsinstitutionen auch gesellschaftspolitisch wertvoll sind. Es sind Investitionen für Kinder und damit für unsere Zukunft und nicht zuletzt Investitionen, welche die Gleichstellung der Geschlechter im Sinne einer Gender-Politik fördern. Bei aller Freude darf Folgendes nicht vergessen gehen: Auch wenn die neue KITA futura verwirklicht wird und die Gemeinde Köniz neu 108 Betreuungsplätze anbieten kann, bleiben noch 53 Kinder auf der konsolidierten Warteliste. Immer noch kann die Gemeinde nur 2,8 KITA-Plätze auf 1'000 Einwohnende anbieten, unsere Nachbargemeinde Bern stellt auf 1'000 Ein-

wohnende 8,7 KITA-Plätze zur Verfügung. Wenn Köniz jene fortschrittliche Gemeinde sein will, als welche sie sich gerne anpreist, ist sie zwar auf dem richtigen Weg, um aber den Match wirklich zu gewinnen, muss der eingeschlagene Weg mit aller Offensivkraft weitergeführt werden.

Herr Gemeinderat Ueli Studer (SVP): Als Erstes danke ich ganz herzlich für die gute Aufnahme des Geschäftes. An der letzten Parlamentssitzung wurde mir erklärt, ich solle mir ein Beispiel an der Fussballmannschaft FC Basel nehmen, so offensiv sein und ein Tor erzielen. Damals nahm ich diese Aussage ohne Kommentar entgegen. Ich wusste bereits mehr als ihr, durfte jedoch noch nichts dazu sagen. Heute erkläre ich: Das Geschäft ist vorbereitet, nun ist es am Parlament, das Tor zu erzielen. Zur Warteliste: Wir haben ein weiteres Ermächtigungsgesuch an die GEF (Gesundheits- und Fürsorgedirektion) für einen weiteren Ausbau eingereicht, am 1. Juni 2006 war Stichtag. Es kann jedoch lange dauern, bis die GEF einen Entscheid treffen wird. Das vorliegende Geschäft hat noch eine grosse Unbekannte: Wir wissen nicht genau, wie viele Plätze die Swisscom benötigt. Zum heutigen Zeitpunkt haben wir noch keine genaue Liste vorliegen, werden diese jedoch früh genug erhalten. Der Standort der neuen KITA am Sportweg besteht aus einem sanierungsbedürftigen Mehrfamilienhaus, das der Pensionskasse der Gemeinde gehört und im Moment renoviert wird. Der Zeitpunkt ist noch früh genug, damit dieses Haus KITA-gerecht umgebaut werden kann. Die Zusammenarbeit zwischen der Direktion Bildung und Sport, der Direktion Gemeindebauten und der Liegenschaftsverwaltung ist in diesem Bereich sehr intensiv und wir treiben die Renovation stark voran.

Einstimmig fasst das Parlament folgenden

Beschluss

1. *Das Parlament bewilligt für den Aufbau einer neuen Kindertagesstätte mit 24 Plätzen ab 1.1.2007 einen Kredit in der Höhe von max. Fr. 545'000.00 zu Lasten der Laufenden Rechnung, Kto. 320.365.92.*
2. *Das Parlament beauftragt den Gemeinderat, die erforderlichen Mittel unter Berücksichtigung der Lastenausgleichsbeiträge und allfälliger Bundessubventionen im Budget 2007 einzustellen.*

8. Agglomerationsstrategie

Bericht; Direktion Präsidiales und Finanzen

Herr Harald Henggi (FDP; GPK-Sprecher): In der Antwort des Gemeinderates auf die überparteiliche dringliche Inteprellation Deuber/Ackermann/Maibach betr. Agglomerationsstrategie (0525) wurde eine regelmässige Orientierung des Parlamentes in Aussicht gestellt. Der Bericht des Gemeinderates gibt Auskunft über die kantonale Umsetzungsvorlage, über die Regionalkonferenz Bern-Mittelland, über die Mitwirkung und den Einbezug des Parlamentes - resp. das Nichtmitwirken und Nichtmiteinbeziehen des Parlamentes -, über die finanziellen Auswirkungen, über die Auswertung der kantonalen Vernehmlassung und über das weitere Vorgehen und das Fazit des Gemeinderates. In der GPK entwickelte sich eine angeregte Diskussion. Unbestritten ist die Notwendigkeit der Zusammenarbeit in den Aufgabenbereichen regionale Richt-, Verkehrs- und Siedlungsplanung sowie der regionalen Kulturförderung. Auch die Anpassungen, welche der Gemeinderat verlangte, wurden positiv aufgenommen. Kritische Voten gab es hingegen zur Mitwirkung und zum Einbezug des Parlamentes und zu den künftigen Kompetenzen der Regionalkonferenz. Die Diskussionen führten zu folgenden Empfehlungen der GPK: Zu Punkt 1: 2 zustimmende, 4 teilweise zustimmende und 1 ablehnende Kenntnisnahmen. Zu Punkt 2 wünscht die GPK ausdrücklich, dass die nächste Information ans Parlament im vierten Quartal zu erfolgen hat. Wir begründen diesen ausdrücklichen Wunsch wie folgt: Die nächste Berichterstattung würde gemäss Gemeinderat erst auf Frühling 2007 erfolgen, d.h. nach der Behandlung der bereinigten Umsetzungsvorlage im Grossen Rat im Januar 2007, wenn der Zeitplan eingehalten wird. Zudem darf, wenn dem Parlament eine regelmässige Orientierung in Aussicht gestellt wird, eine zweimalige Berichterstattung pro Jahr erwartet werden.

Der Parlamentspräsident: Hier findet keine Eintretensdebatte und Detailberatung statt. Die

Fraktionen können ihre Stellungnahme und Bewertung zum Bericht abgeben.

Herr Mark Stucki (FDP): Begab ich mich vorhin mit einem guten Gefühl ans Rednerpult, ist es bei diesem Geschäft etwas anders. Der Vorschlag einer Agglomerationsstrategie ist grundsätzlich eine gute Sache. Es ist sehr wichtig, dass die Agglomerationsgemeinden, die Stadt Bern und kleine ländliche Gemeinden, in den Bereichen Verkehr, Planung, Kultur enger zusammenarbeiten, damit ein solches Beispiel, wie es die Regionalkonferenz vorsieht realisiert werden kann. Wir müssen uns über den Umstand bewusst sein, dass dieses Modell recht weit gediehen ist; der Grossrat beschäftigte sich bereits letzten Herbst damit, die Vernehmlassung fand im Winter 2005/2006 statt und jetzt geht es in die Umsetzungsgesetzgebung. Vermutlich ist bereits Tatsache, was die Zeitung "Bund" anfangs Jahr über die Agglomerationsstrategie schrieb: "Die Parlamente bellen, aber die Agglomerationsstrategie zieht weiter". Wir als Parlament sind aufgefordert, uns intensiv mit der Agglomerationsstrategie auseinanderzusetzen, uns bewusst zu sein, welche Konsequenzen sie für die Gemeinde und für uns als Gemeindeparlament zur Folge hat. Gemeindeparlamente sind demokratisch legitimierte Institutionen, welche in grösseren Agglomerationsgemeinden bestehen, und es kann nicht sein, dass diese in einer Agglomerationsstrategie de facto keinen Platz mehr haben. Der Regierungsrat und mit ihm auch viele Vernehmlassungsteilnehmer betonen immer wieder, mit dem Modell der Regionalkonferenzen werde keine vierte Ebene geschaffen. Das ist nur zum Teil richtig, denn was Entscheidkompetenzen angeht, wird de facto eine vierte Ebene geschaffen. Im Bericht des Gemeinderates steht im Fazit: "Der Gemeinderat ist von der Notwendigkeit der Institutionalisierung der regionalen Zusammenarbeit unter den Gemeinden überzeugt und unterstützt das entwickelte Regionalkonferenzenmodell im Grundsatz vorbehaltlos".

Die FDP/jfk-Fraktion ist im Grundsatz zwar von der Agglomerationsstrategie überzeugt, beim Wort "vorbehaltlos" bringen wir jedoch grosse Fragezeichen an. Ich tönte es bereits an: Ein sehr grosses Fragezeichen bringen wir dort an, wo es um die Rolle der kommunalen Parlamente im Rahmen der Agglomerationsstrategie geht. Ein anderes Fragezeichen - dort finden wir uns vermutlich mit dem Gemeinderat - bringen wir dort an, wo es um die Gewichtung der Stimmkraft der einzelnen Gemeinden geht. Beim genauen Betrachten der Agglomerationsstrategie ist ersichtlich, dass die zehn kleinsten Gemeinden - mit einem Einwohneranteil von ungefähr 3'000 Einwohnenden - im Perimeter Bern gleichviel Stimmkraft haben werden wie die Gemeinde Köniz. Der Gemeinderat ist ebenfalls der Meinung, dass in der Ausführungsgesetzgebung ganz sicher auf diesen Punkt zurückzukommen ist. Bei der Mitwirkung des Parlamentes bin ich etwas frustriert, sowohl der Kanton, der Regierungsrat, der Grossrat wie auch der Vernehmlassungsbericht des Kantons und der Bericht des Gemeinderates weisen zwar immer darauf hin, dass diese Frage geklärt werden müsse. Man hat jedoch den Eindruck, dieser Satz sei vom einen Bericht jeweils in den nächsten transferiert worden. Konkrete Vorschläge fehlen bis anhin. Verschiedene Ansätze sind vorhanden, wie beispielsweise die Frage, ob Gemeindeparlamente bei Behördeinitiativen oder -referenden eine Funktion übernehmen. Auch die Frage der Information wird immer wieder aufgeworfen. Aber mit Information allein ist ein Einfluss der demokratisch legitimierten Parlamente nicht gesichert. Wir haben heute eine dringliche Interpellation zu diesem Thema eingereicht. Es ist uns ein grosses Anliegen, dass wir uns im Parlament mit dieser Thematik beschäftigen. Wenn wir uns in der FDP/jfk-Fraktionen einen grossen "Mupf" geben, können wir vom Bericht teilweise zustimmend Kenntnis nehmen. Wir unterstützen den ausdrücklichen Wunsch der GPK für eine häufigere Berichterstattung seitens des Gemeinderates.

Herr Urs Maibach (GB): Ich erkläre die Haltung der GB/GFL-Fraktion: Wir sind der Meinung, es mache Sinn, Aufgabenbereiche wie Richt-, Verkehrs- und Siedlungspläne übergeordnet und regional zu behandeln. Wir sind deshalb nicht explizit gegen die Agglomerationsstrategie, haben jedoch einige schwer wiegende Fragezeichen, vor allem bezüglich Ausgestaltung der Agglomerationsstrategie, auch bezüglich der Mitwirkung, welche uns als Gemeindeparlament noch bleiben wird. Die Ausarbeitung und Ausgestaltung der Agglomerationsstrategie ist voll im Gang. Der hier vorliegende Bericht ist Teil einer Information des Gemeinderates, die er uns in der Antwort auf unsere überparteiliche Interpellation anlässlich der Parlamentssitzung vom 12. Dezember 2005 versprochen hat. Ich danke für diese Information, die einerseits ausführlich ist, andererseits fehlt nach unserer Ansicht doch Vieles. Wir stimmen mit dem Gemeinderat überein, es sei gut, wenn Regionalkonferenzen freiwillig entstehen, denn nach unserer Mei-

nung ist es gut und wichtig, dass damit die Vorgaben für den Bezug von Bundesbeiträgen an den Agglomerationsverkehr erfüllt werden können. Wir begrüßen ebenfalls die Anpassungen, welche der Gemeinderat in seiner Vernehmlassung verlangte, wie die Erhöhung der Stimmkraftanteile der grösseren Gemeinden, eine angepasste Kostenverteilung und auch die Herabsetzung der erforderlichen Unterschriftenzahlen für regionale Volksinitiativen. Bis zu diesem Punkt erklären wir uns vom Bericht des Gemeinderates einverstanden.

Uns fehlt jedoch im Bericht die Information, wie sich der Gemeinderat die Einbindung des Parlamentes vorstellt. Wie ich dem Bericht entnehme, hat der Gemeinderat keine grosse Absicht, das Parlament in irgendwelcher Form noch in den Prozess einzubinden. Er offeriert uns eine nächste Berichterstattung auf das Frühjahr 2007, obschon die bereinigte Umsetzungsvorlage bereits in der Januarsession 2007 des Grossen Rates behandelt werden soll. Wir unterstützen den ausdrücklichen Wunsch der GPK, die Berichterstattung vorzuziehen. Unter Punkt 4, Mitwirkung des Parlamentes, steht im Bericht des Gemeinderates, das Regionalkonferenzmodell sehe weder regionale Legislativorgane noch einen systematischen Einbezug der Gemeindelegislativen vor. Dieser Meinung sind wir auch, denn es macht wenig Sinn, wenn hier eine vierte Staatsebene geschaffen wird. Weiter steht aber geschrieben, dass die Umsetzungsvorlage es weitestgehend den Gemeinden überlasse, wie sie sich im Falle einer Beteiligung an einer Regionalkonferenz innerkommunal organisieren wolle. Ich habe in der Information des Gemeinderates Antworten auf die Fragen erwartet, wie sich der Gemeinderat den Einbezug des Parlamentes konkret vorstellt, ob allenfalls eine punktuelle Mandatierung möglich ist. Aber auch, ob der Gemeinderat eventuell zu einer Konsultativabstimmung innerhalb des Parlamentes bereit wäre oder ob er andere Vorstellungen hat. Das Ganze nimmt für Gemeindelegislativen - für uns Parlamentsmitglieder - eine eher heikle Richtung an. Die einzige Möglichkeit für die demokratische Mitwirkung - wie es im Moment den Anschein macht -, sind Referendums- und Initiativmöglichkeiten, wofür jedoch die momentan geplanten Unterschriftenzahlen zu hoch sind und ein Referendum damit fast verunmöglicht wird. Gemäss der Auswertung der kantonalen Vernehmlassung ist eine Herabsetzung der Unterschriftenzahlen für regionale Initiativen oder Referenden nicht mehr geplant. Der Gemeinderat schreibt in seinem Fazit, er unterstütze das entwickelte Regionalkonferenzmodell im Grundsatz vorbehaltlos und in der konkreten Ausgestaltung mit wenig Anpassungsbegehren. Das tönt in unseren Ohren so, wie wenn er nicht die Absicht habe, weitere Anpassungsbegehren durchzusetzen. Diesen Umstand fänden wir jedoch äusserst schade, weil wir derselben Meinung sind wie der Gemeinderat, der im oben erwähnten Fazit schreibt: "Als grosse Agglomerationsgemeinde wird die Gemeinde Köniz in der regionalen Zusammenarbeit eine Schlüsselrolle einnehmen und damit ihren Einfluss auf die Agglomerationsentwicklung markant vergrössern können." Wenn dem so ist, sollte es der Gemeinde Köniz möglich sein, die Umsetzung der Agglomerationsstrategie markant zu beeinflussen. Die GB/GFL-Fraktion ist unter diesen Voraussetzungen und unter Berücksichtigung der offenen Möglichkeiten nur teilweise von der Antwort befriedigt.

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Ich danke für die Voten, kann hier jedoch nicht im Namen des Gemeinderates reagieren. Ich sichere euch jedoch zu, im Gemeinderat eure Voten zu diskutieren und in der nächsten Berichterstattung darauf einzugehen. Euer Wunsch nach Berichterstattung vor Ende 2006 wird Ernst genommen, zuerst möchte ich jedoch beobachten, wie sich die Agglomerationsstrategie auf kantonaler Ebene entwickelt. Zum Ausmass der Berichterstattung: Wird sie tatsächlich - wie geplant - anlässlich der Januar-Session 2007 im Grossen Rat behandelt, erfolgt eine mindestens so ausführliche Berichterstattung wie die vorliegende; wenn nicht, wird sie entsprechend angepasst. Es wurde bereits erwähnt, dass gewichtige Gründe vorhanden sind, weshalb in der regionalen Abstimmung in gewissen Politikbereichen Fortschritte erzielt werden sollten. Ich erinnere euch daran, dass wir uns hier in einem Wettbewerb mit anderen Regionen der Schweiz befinden. Letztlich geht es darum, den Wohn- und Wirtschaftsraum Region Bern zu stärken, und in den Bereichen Siedlungsentwicklung und Verkehr ist es unabdingbar, dass wir die verschiedenen Gemeindepolitiken besser aufeinander abstimmen, um uns im Wettbewerb der Regionen in eine gute Position zu manövrieren. Dasselbe gilt für die Kulturpolitik, welche zur Zeit stark darunter leidet, dass die Entscheidungsabläufe sehr kompliziert, komplex und langwierig sind. Wir dürfen den Umstand nicht aus den Augen verlieren, dass es um den Wettbewerb unter den verschiedenen Regionen der Schweiz geht. Andere Regionen gehen ganz andere Wege.

Sie wählen den Weg über Gemeindefusionen. Das sind viel weitergehende Schritte.

Dass die Rolle des Parlamentes von euch besonders betrachtet wird, ist für mich verständlich. Ich möchte euch jedoch Folgendes zu bedenken geben: Infolge der Verstärkung der Schlagkraft der Region Bern im Bereich der Politikabstimmung Siedlung und Verkehr, verlieren die Parlamente - wie es heute aussieht - einen gewissen Einfluss. Die Bevölkerung der Gemeinde Köniz hat jedoch mit der Initiativ- und Referendumsmöglichkeit Gelegenheit, im Bereich der Frage der Abstimmung von regionalen Richtplänen für Siedlung und Verkehr Einfluss zu nehmen, auch über Entwicklungen, welche sich jenseits der Gemeindegrenzen abspielen. Das ist unter demokratiepolitischen Gesichtspunkten ein klarer Gewinn. Es gilt festzustellen, dass die Situation nicht dadurch verändert wird, wenn wir alles beim Alten belassen. Der Geschäftsrhythmus in einer Regionalkonferenz darf nicht ausser Acht gelassen werden. Darauf haben wir in unserem Bericht hingewiesen. Wenn wir in der einen oder anderen Frage das Parlament noch begrüssen würden, entstünden Praktikabilitätsprobleme bei der Erteilung von Mandaten. Das Schlechteste der Ergebnisse wäre, wenn sich die Stimme von Köniz nicht manifestieren könnte, weil es in den gemeindeinternen Abläufen nicht zeitgerecht zu den entsprechenden Mandatierungen kommt. Der Einbezug des Parlamentes in den Prozess, Urs Maibach, wird mit der regelmässigen Berichterstattung vorgenommen, die wir Ernst nehmen. Dies entsprechend den Forderungen des überparteilichen Vorstosses betr. Agglomerationsstrategie (0525), der forderte, das Parlament solle in den Aufbau der Regionalkonferenz miteinbezogen werden. Diese Forderung erfüllen wir mit der regelmässigen Berichterstattung. In der nächsten Berichterstattung, die gemäss eurem Wunsch Ende 2005 zu erfolgen hat, werden wir näher auf Materielles eingehen.

Einstimmig (Marco Streiff ist nicht mehr anwesend) teilweise zustimmend (Ziffer 1) und einstimmig (Ziffer 2) fasst das Parlament folgenden

Beschluss

1. *Das Parlament nimmt vom Bericht des Gemeinderates vom 17. Mai 2006 zur Kantonalen Strategie für Agglomerationen und regionale Zusammenarbeit (SARZ) Kenntnis.*
2. *Das Parlament wünscht, dass eine nächste Berichterstattung des Gemeinderates zur Kantonalen Strategie für Agglomerationen und regionale Zusammenarbeit im 4. Quartal 2006 erfolgen wird.*

9. Verschiedenes

Der Parlamentspräsident: Herr Hugo Staub ist neuer Fraktionspräsident der SP-Fraktion.

Folgende Vorstösse sind eingegangen:

0611 Motion Hansueli Pestalozzi, Grüne Köniz GB/GFL betr. erneuerbare Energie

0612 Postulat CVP/EVP betr. Systemwechsel bei der Pensionskasse

0613 Interpellation Anna Mäder/Stephie Staub (SP) betr. Weiterbildung Schulkommissionsmitglieder

0614 Interpellation Ch. Salzmann (SP) betr. Jugendliche mit Ausweis F oder N

0615 Dringliche Interpellation Stucki (FDP) / Maibach (Grüne GB/GFL) betr. Einflussmöglichkeiten des Gemeindeparlamentes im Rahmen der Agglomerationsstrategie. Die Dringlichkeit wurde durch das Parlamentsbüro gewährt.

Herr Ignaz Caminada (CVP): Den Medien konnte entnommen werden, dass im Herbst 2006 das Bahnhofgebäude in Niederscherli abgerissen und der Bahnhofplatz geeignet gestaltet werde. Dieser Fakt wird von uns zur Kenntnis genommen. Mich irritierte jedoch die Äusserung, die ich einem Zeitungsartikel entnehmen musste, dass die BLS der Gemeinde Köniz die Frist von einem Monat gab, sich zu diesem Abbruch zu äussern. Der Gemeinderat entschuldigt sich im gleichen Zeitungsartikel, ein Monat sei viel zu kurz, um die Bevölkerung geeignet zu informieren. Irritierend ist dies für mich unter anderem, weil die Lösungssuche in Niederscherli bereits seit einiger Zeit aktuell ist. Weshalb kann die Gemeinde nun erklären, ein Monat sei viel zu kurz, um die Bevölkerung geeignet zu informieren und macht diese Information erst im Nachhinein publik? In meinen Augen versteckt sich der Gemeinderat hier hinter einem Verwaltungsablauf.

Frau Katrin Sedlmayer (SP): Ich verstehe deinen Ärger und auch dein Gefühl, die Entschuldigung des Gemeinderates sei vor allem zu spät erfolgt. Der Umstand, dass wir genau einen Monat Zeit für eine Stellungnahme hatten, stimmt leider. Während fast zwei Jahren wurde vorher intensiv - aber vergeblich - nach Lösungen für die Vermietung des Bahnhofgebäudes gesucht. Anfangs Mai erklärte uns die BLS, sie sehe keine Zweckverwendung für das Bahnhofgebäude Niederscherli mehr und der Erhalt sei zu teuer. Der Gemeinderat hatte knapp Zeit dafür, den Antrag zu formulieren und den Umstand der Bau- und Planungskommission vorzulegen. Mitte Mai mussten wir die Information bekanntgeben und es blieb uns nichts anderes übrig, als via Presse zu informieren. Diese Lösung ist in meinen Augen nicht glücklich, denn ich hätte die Information über den bevorstehenden Abbruch des Bahnhofgebäudes gerne breiter gestreut.

Herr Urs Maibach (GB): Die Fraktionen werden eingeladen, für die Tagung des VRB je einen Teilnehmer zu entsenden. Mir scheint es wichtig, dass die Fraktionen diese Möglichkeit ausschöpfen. Beim Anlass im Oktober 2005 waren wir nur zu dritt und das genügt für die Gemeinde Köniz nicht. Ich rege an, diese Einladung möglichst schnell an die Fraktionspräsidien zu senden, damit diese ihre Teilnehmenden bestimmen können.

Der Parlamentspräsident: Die nächste Sitzung findet am Montag, 26. Juni 2006 um 19.00 Uhr statt.

Schluss der Sitzung um 22.20 Uhr

Für das Protokoll: Ruth Spahr

Im Namen des Parlamentes

Der Präsident Die Sekretärin

Niklaus Hofer Anita Fehlmann